Institut für Jugendarbeit Gauting

Flucht und Vertreibung

Gautinger Protokolle 42

Herausgegeben für das Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings in Gauting
von Manfred Huber

3. Fachgespräch
Politische Bildung an historischen Orten des Nationalsozialismus und Gedenkstättenpädagogik

11. und 12. Januar 2011

in der Jugendbegegnungsstätte am Tower

in Oberschleißheim

© Institut für Jugendarbeit und Autoren
Gauting 2012

ISBN-Nummer
978-3-925628-69-6

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort:
Über die Macht der Bilder und den Wert ihrer Dekonstruktion
für die Historisch-Politische Bildung
Manfred Huber Seite 5

„Flucht und Vertreibung“ –
Ereignis, historische Kontextualisierung, Erinnerung
Stephan Scholz Seite 7

Erinnerung im Denkmal. Vertriebenendenkmäler in Deutschland
und die Denkmalanlage in Oberschleißheim
Stephan Scholz Seite 17

Überblick zur Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und
Integration. Geschichtsdidaktische Überlegungen zum
„historischen Lernort“ Oberschleißheim
Tim Völkering Seite 29

Die Entwicklungen am Denkmalsareal in Oberschleißheim
Bernhard Schoßig Seite 43

Die Jugendbegegnungsstätte am Tower (JBS) Seite 53

Programm des 3. Fachgesprächs 2011 Seite 55

Autoren Seite 56

VORWORT:
ÜBER DIE MACHT DER BILDER UND DEN WERT IHRER DEKONSTRUKTION FÜR DIE HISTORISCH-POLITISCHE BILDUNG

MANFRED HUBER

Es sind Bilder, die sich im Gedächtnis einprägen. Seit Fotokamera und Filmapparate historische Momente scheinbar wirklichkeitsgetreu einfangen und wiedergeben können, sind immer wieder einzelne solcher Bilder entstanden, die zum Symbol von historischen Ereignissen, gar Epochen wurden.
Das Bild eines neunjährigen Mädchens gehört dazu, das mit Brandspuren übersät vor den Wolken eines Napalm-Angriffes flieht, oder das Einschlagen eines Flugzeuges im World Trade Center in New York und eben auch jenes Bild, das einen schier endlosen Flüchtlingstreck zeigt, wie er über das Frische Haff zieht.

All diese Bilder wurden Teil des kollektiven ikonografischen Gedächtnisses.[1] Mehr noch: sie wurden und werden – wie der Vortrag von Stephan Scholz eindrücklich am Beispiel des berühmten Bildes vom Frischen Haff zeigt - immer wieder reproduziert, sei es in historischen Filmen oder in Schulbüchern und graben sich somit immer tiefer in das kollektive Gedächtnis ein. Gerade weil Bilder immer Emotionen heraufbeschwören, bestimmen sie wesentlich unser Denken. Alle Informationen, die wir erhalten, nachdem wir Bilder im Kopf haben, werden emotional entsprechend verankert und an bereits vorhandene Deutungsschemata angepasst.
Dies wird von denen, die öffentliche Meinungen gestalten wollen, bewusst und oft in manipulativer Weise dazu verwendet, Meinungen zu beeinflussen, Stimmungen zu erzeugen, Agitation zu betreiben.

Wenn wir es uns zur Aufgabe machen, Kinder und Jugendlich historisch-politisch zu bilden, dann gehört in erster Linie die grundlegende Fähigkeit dazu, diese Bilder kritisch betrachten und beurteilen, sie dechiffrieren und in andere Kontexte stellen zu können. Erst dann können sie uns als Quellen unter Berücksichtigung von komplexen Sachverhalten und oft widerstreitenden Interessenslagen dienen. Erst dann können wir mit ihrer Hilfe historische Ereignisse besser verstehen. Dass die bildliche und museale Darstellung der dramatischen Flucht von Millionen Menschen am Ende des 2. Weltkrieges sich in den vergangenen 60 Jahre je nach Zeitgeist und Interessenslage immer wieder geändert hat, das zeigt hier sehr anschaulich der Beitrag von Tim Völkering.

---

[1] Vgl. die einschlägigen Beiträge in: Gerhard Paul (Hrsg.):Das Jahrhundert der Bilder 1900 bis 1949. Göttingen 2009. Und Ders.: Das Jahrhundert der Bilder 1949 bis heute. Göttingen 2008.

Dabei wird auch plausibel, dass es für unsere Gesellschaft eine wichtige Investition ist, wenn sich bereits Kinder und Jugendliche kritisch mit historischen Ereignissen und Bildern auseinandersetzen. Gerade die Zeit des Nationalsozialismus und solche einschneidenden Ereignisse wie „Flucht und Vertreibung“ sind essentiell für das Verständnis der gegenwärtigen politischen Strömungen im Zusammenhang mit dem Entstehen einer europäischen Identität. Ohne die Fähigkeit, sich kritisch mit der Zeit des Nationalsozialismus bzw. der Geschichte nach dem 2. Weltkrieg auseinander zu setzen, wird die künftige Generation von Politikern und Wählern nicht in der Lage sein, die politische Konstruktion eines wie auch immer gearteten gemeinsamen Europas beurteilen und gestalten zu können. Historisch-politische Bildung in der Jugendarbeit will dazu durch Bildungsangebote in vielen ihrer Einrichtungen in Bayern einen Beitrag leisten. Als Beispiel dient in dieser Dokumentation die Jugendbegegnungsstätte (JBS) Oberschleißheim des Kreisjugendrings (KJR) München-Land, deren Entstehungsgeschichte (siehe den Beitrag von Bernhard Schoßig) davon zeugt, wie vielfältig Interessenlagen an einem Ort aufeinanderprallen können, aber auch, wie kreativ sich die Suche nach Lösungen bisweilen gestalten kann.

Die Fachgespräche zur historisch-politischen Bildung werden veranstaltet von einem Arbeitskreis, den es seit 2009 gibt unter Koordination des Instituts für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings. Dem Arbeitskreis gehören außerdem der KJR München-Stadt, das DokuPäd Nürnberg und das Max-Mannheimer-Studienzentrum Dachau an. An dieser Stelle herzlichen Dank für die engagierte bereichernde Mitarbeit aller Beteiligten.

Der Arbeitskreis hat sich zum Ziel gesetzt hat, Ansätze der historisch-politischen Bildung in Einrichtungen der Jugendarbeit in Bayern darzustellen, zu diskutieren und weiter zu entwickeln. Das erste Fachgespräch fand 2009 im Institut für Jugendarbeit in Gauting statt und war eine Bestandsaufnahme aller einschlägigen Aktivitäten in Bayern. Das Ergebnis liegt in Form eines Sammelbandes mit dem Titel „Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Aufgabe der Jugendarbeit in Bayern“[2] vor. Das zweite Fachgespräch fand in der KZ-Gedenkstätte Dachau und dem Max-Mannheimer-Studienzentrum statt. Das dritte Fachgespräch 2011 in der JBS Oberschleißheim beschäftigte sich mit dem Thema „Flucht und Vertreibung

[2] Bernhard Schoßig (Hg.): Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Aufgabe der Jugendarbeit in Bayern. Einrichtungen – Projekte – Konzepte (Dachauer Diskurse Bd.5 und zugleich Gautinger Protokolle 41). München: Herbert Utz Verlag 2011

„FLUCHT UND VERTREIBUNG“ – EREIGNIS, HISTORISCHE KONTEXTUALISIERUNG, ERINNERUNG

STEPHAN SCHOLZ

FLUCHT UND VERTREIBUNG IM KOLLEKTIVEN BILDGEDÄCHTNIS

Wenn das Schlagwort „Flucht und Vertreibung“ fällt, haben wir sofort bestimmte Bilder im Kopf: Bilder von langen Flüchtlingstrecks auf dem Eis; Bilder von ausgemergelten Frauen, die Kinder an sich pressen; Bilder von Leiterwagen, die bis obenhin mit Gepäckstücken bepackt sind. Als der ARD-Fernsehfilm „Die Flucht“ 2007 erstmals im Fernsehen lief und alle diese Bilder aufrief, sagte die Hauptdarstellerin Maria Furtwängler in einem Interview, die von ihr gespielten Szenen auf dem zugefrorenen Haff in Ostpreußen habe sie vorher „schon hundertfach“ in Schwarzweiß gesehen. Es seien „Bilder aus unserem kollektiven Gedächtnis“ gewesen.[3] Tatsächlich sind die Bilder, die wir heute auch in solchen aktuellen Fernsehproduktionen sehen, meist schon altbekannt und haben sich als Ikonen bereits tief in unser visuelles Gedächtnis eingeprägt. Kaum jemand kann sich dem entziehen. Wie sind diese Bilder entstanden? Wie haben sie ihren Weg in das kollektive Gedächtnis gefunden? Inwiefern entsprechen unsere mentalen Geschichtsbilder den historischen Ereignissen, die wir als „Flucht und Vertreibung“ bezeichnen? Solche Fragen sind in der historischen Forschung zu Flucht und Vertreibung bislang noch viel zu wenig untersucht worden, obwohl die Forschung zu „Flucht und Vertreibung“ insgesamt sehr umfangreich ist.

Nach einer Umfrage des Bonner Hauses der Geschichte von 2005 ist der Flüchtlingstreck das zentrale Bild, das von den meisten Deutschen genannt wird, wenn sie nach „Flucht und Vertreibung“ gefragt werden[4]. Dazu haben auch konkrete Bilder von Flüchtlingen auf dem Eis des Frischen Haffes beigetragen, die im Februar 1945 entstanden sind und zu den wenigen Fotos bzw. Standbildern gehören, die von der Flucht existieren. Seit ihrer Entstehung sind sie in zahllosen Medien immer wieder reproduziert worden, als Buchcover, in Fernsehdokumentationen, Zeitschriftenberichten usw. Zuletzt wurden sie in dem Fernsehfilm „Die Flucht“ minutiös reinszeniert. Erst vor kurzem hat der Historiker Gerhard Paul in einem kurzen Text diese Bilder genauer unter die Lupe genommen. Erstmals gezeigt wurden sie in der

---

[3]Zit. nach Ruzas, Stefan: Die Flucht. Das verdrängte Trauma. Interview mit Maria Furtwängler und Nico Hoffmann, in: Focus, 26.02.2007. URL: <http://www.focus.de/kultur/medien/medien-das-verdraengte-trauma_aid_219571.html> (Zugriff: 20.08.2010).

[4] Petersen, Thomas: Flucht und Vertreibung aus Sicht der deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung. Bonn 2005, S. 61.

Deutschen Wochenschau am 16. März 1945, also zwei Monate vor Kriegsende. Wie die meisten der wenigen Bilder, die von der Flucht der Deutschen aus dem Osten existieren, waren sie von den nationalsozialistischen Propagandakompanien produziert und in der antibolschewistischen Propaganda der letzten Kriegswochen benutzt worden. Gerhard Paul weist in seinem Aufsatz darauf hin, dass diese Bilder den Ausgangspunkt des visuellen Narrativs von „Flucht und Vertreibung“ bilden, wie es bis heute in unserem kollektiven Gedächtnis verankert ist.[5]

Was bedeutet das? Gab es etwa keine Flüchtlingstrecks? Sollen sie etwa nur eine Propagandalüge der Nazis gewesen sein? Natürlich gab es Flüchtlingstrecks, allerdings eher selten in einer so geordneten Form, wie sie in der Wochenschau gezeigt wurden, um die vermeintliche Evakuierungsleistung der Gauleitungen zu demonstrieren, sondern meistens in weitaus chaotischerer Form. Die Entstehung des Bildes im Rahmen der NS-Propaganda weist jedoch auf eine Tatsache hin, die generell von großer Bedeutung ist: dass nämlich die Bilder, die wir mit „Flucht und Vertreibung“ verbinden, in politisierten Zusammenhängen entstanden sind und auch verbreitet wurden. Sie bilden nicht das historische Ereignis „Flucht und Vertreibung“ an sich einfach nur ab, sondern lediglich einen bestimmten Blick auf einen bestimmten Ausschnitt eines viel größeren und komplexeren Geschehens.

BEGRIFF UND GEGENSTAND

Ähnliches gilt auch für die Begriffe, die wir verwenden. Was meinen wir zum Beispiel eigentlich, wenn wir von „Flucht und Vertreibung“ sprechen? Die Verwendung dieses Begriffspaares ist alles andere als selbstverständlich und hat eine eigene Geschichte, die im Wesentlichen der deutschen, bzw. westdeutschen Erinnerungsgeschichte entspricht. In der DDR sprach man nicht von „Vertreibung“, sondern von „Umsiedlung“, ähnlich wie in Polen, wo man bis heute von „wysiedlenie“, d.h. von „Aussiedlung“ spricht, und in Tschechien wo von „odsun“, d.h. von „Abschiebung“ die Rede ist. Diesen Begriffsverwendungen wurde und wird von westdeutscher Seite vorgeworfen, dass sie den historischen Vorgang, den sie bezeichnen, aus politischen Gründen verharmlosen würden, indem sie fälschlicherweise einen Ablauf

---

[5] Paul, Gerhard: Der Flüchtlingstreck. Bilder von Flucht und Vertreibung als europäische *lieux de mémoire,* in: Ders. (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 1: 1900 bis 1949. Göttingen 2009, S. 666-673. Als „die definitive filmische Ikone in der Bundesrepublik“ gilt diese Aufnahme auch bei Röger, Maren: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung. Mediale Erinnerungskulturen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989. Marburg 2011, S. 81.

suggerierten, der geordnet, gewaltfrei und rechtlich legitimiert vonstattengegangen sei. Früher wurde zudem in der Regel noch der Einwand hinzugefügt, dass diese Bezeichnungen den Heimatverlust als einen endgültigen erscheinen ließen, was nicht akzeptabel sei.

Zweifellos sind diese Begriffe bewusst und mit bestimmten politischen Zielen gewählt worden und haben die Form der kollektiven Erinnerung in der DDR, in Polen und in Tschechien maßgeblich mitgeprägt. Gleiches gilt jedoch für den westdeutschen Begriff der „Vertreibung“ bzw. der „Vertriebenen“ als betroffene Personengruppe. War in den ersten Nachkriegsjahren eine ganze Reihe von Bezeichnungen geläufig, wie z.B. „Flüchtlinge“ oder „Neubürger“, so wurde mit dem Bundesvertriebenengesetz von 1953 die offizielle Sprachregelung in der Bundesrepublik verbindlich festgelegt. Danach sollte von „Flüchtlingen“ nur noch dann die Rede sein, wenn es sich um „Sowjetzonenflüchtlinge“ handelte, also um Geflohene aus der DDR. Für die Deutschen aus dem Osten jenseits der Oder-Neiße-Grenze dagegen sollte fortan ausschließlich der Begriff „Vertriebene“, bzw. „Heimatvertriebene“ verwendet werden. Die Zeitschrift „Christ unterwegs“ erläuterte im Folgejahr 1954 den Sinn und Zweck dieser Begriffsverwendung:

„In diesem Begriff sind Rechtsauffassungen und politische Deutung und Forderung in gleichem Maße enthalten. Mit dem Namen ‚Heimatvertriebene’ soll gesagt sein, dass die Vertreibung ein einseitiger Gewaltakt war, durch den die rechtmäßige Kontinuität des Heimatbesitzes nicht unterbrochen werden kann.[6]

Der Terminus wurde damals ausdrücklich als ein „fortlaufender Protest gegen das Unrecht der Vertreibung“[7] gewählt. Er sollte den Anspruch auf Rückkehr diskursiv untermauern und gleichzeitig zur Identität der Deutschen insgesamt als unschuldig leidenden Opfern der Siegerwillkür beitragen. Der Begriff der „Vertreibung“ lag also nicht einfach in der Natur der Sache begründet, sondern wurde aufgrund von bestimmten politischen Absichten gezielt gewählt. Im Gegensatz zu den Begriffen „Umsiedlung“ oder „Aussiedlung“ fiel er nicht betont nüchtern, sondern stark emotionalisiert aus, indem er die Gewalttätigkeit und den Unrechtscharakter des bezeichneten Vorgangs hervorhob. Heute ist der Begriff so etabliert und selbstverständlich, dass dieser emotionale Gehalt oft gar nicht mehr so empfunden wird. Aus

---

[6] Lorenz, Franz: „Heimatvertriebene“. Warnung vor dem Missbrauch eines neuen Schlagwortes, in: Christ Unterwegs 8 (1954), H. 6, S. 16f.

[7] Rogge, Heinrich: Vertreibung und Eingliederung im Spiegel des Rechts, in: Lemberg, Eugen u. Edding, Friedrich (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. 1, Kiel 1959, S. 174-245, hier S. 190.

diesem Grund erfährt der Begriff heute manchmal eine zusätzliche, eigentlich überflüssige Verstärkung, die den impliziten gewaltsamen Charakter wieder stärker hervorheben soll, wenn z.B. von „gewaltsamer Vertreibung“ oder „Zwangsvertreibung“ die Rede ist.[8]

MOTIVE FÜR DIE VERTREIBUNG

Die für uns Deutsche oft nicht nachvollziehbaren Probleme der Polen mit dem Begriff der „Vertreibung“ hat der polnische Völkerrechtler und ehemalige Botschafter in Deutschland Jerzy Kranz vor einiger Zeit einmal näher erläutert. Das Problem sind dabei nicht so sehr die Unrechtmäßigkeit und Gewalttätigkeit, die der Begriff impliziert, sondern mehr noch die Motive, die der Begriff unterstellt. Kranz führt aus, dass über die begriffliche Konnotation mit der biblischen Vertreibung aus dem Paradies ein Schuldzusammenhang hergestellt werde, der in die Irre führe. Der Begriff suggeriere, dass die Deutschen vertrieben wurden, weil man sie insgesamt oder in ihrer Mehrheit für schuldig gehalten habe, ähnlich wie Adam und Eva wegen ihrer Sündhaftigkeit aus dem Paradies vertrieben wurden.[9]

Tatsächlich hat die individuelle oder kollektive Schuld oder Mitschuld der betroffenen Deutschen an den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes keine Rolle für die Entscheidung der Alliierten gespielt, die Deutschen aus den abgetrennten Teilen nach Deutschland auszusiedeln. Hintergrund für die Entscheidung der Alliierten war vielmehr die Erfahrung des Kriegsbeginns: Nazi-Deutschland hatte im Vorfeld des Krieges gezielt Minderheitenprobleme in den östlichen Nachbarstaaten mit Grenzfragen verknüpft, sie für eine aggressive deutsche Expansionspolitik instrumentalisiert und sie schließlich als Anlass für den Kriegsbeginn benutzt. Im Münchener Abkommen vom September 1938 hatten sich England und Frankreich noch aufgrund der Existenz der deutschen Minderheit und ihrem Bekenntnis zu Hitler-Deutschland dazu bewegen lassen, einen Anschluss der Randgebiete der Tschechoslowakei an Deutschland zu bewirken. Sie mussten allerdings ein halbes Jahr später zur Kenntnis nehmen, dass dies nur den Auftakt für die dann erfolgende „Zerschlagung der Rest-Tschechei“ bildete, wie es im NS-

---

[8] Maier, Robert: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung als Forschungsproblem und Unterrichtsgegenstand. Die Zwangsmigrationen und die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 - XXXI. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz - Geschichte, in: Internationale Schulbuchforschung / International Textbook Research 27 (2005), H. 4, S. 472-474, hier S. 473.

[9] Kranz, Jerzy: Wunden, Wahrheiten und Narben, in: Ders. / Bachmann, Klaus (Hg.): Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen. Bonn 1998, S. 242-253, hier S.252.

Jargon hieß. Auch die propagandistisch dramatisierte Lage der deutschen Minderheit in Polen wurde von Deutschland zur Vorbereitung und Begründung des Angriffskrieges auf Polen benutzt, der den Zweiten Weltkrieg eröffnete.

Um in Zukunft eine ständige Destabilisierung der ostmitteleuropäischen Staaten durch die Instrumentalisierung deutscher Minderheiten zu vermeiden, entschieden sich die Alliierten schon früh für eine Aussiedlung der Deutschen aus den östlichen Nachbarstaaten. Präsident Roosevelt meinte bereits im Frühjahr 1943, eine Entfernung der Deutschen sei der einzige Weg, den Frieden in Europa dauerhaft aufrecht zu erhalten. Von diesen Maßnahmen wurden auch die Exilregierungen Polens und der Tschechoslowakei überzeugt, soweit sie davon noch überzeugt werden mussten. Die Polen etwa waren lange nicht bereit, die Westverschiebung ihres Landes zu akzeptieren, durch die sich die Zahl der dann auszusiedelnden Deutschen stark erhöhte. Und der tschechische Vorkriegs-Präsident Edvard Beneš hatte große Vorbehalte gegen eine Aussiedlung aller Deutschen unabhängig von ihrer individuellen Verstrickung in das NS-System.[10] Die Erfahrung der deutschen Besatzungspolitik verringerte jedoch die Hemmungen gegenüber einer Aussiedlung der Deutschen. Ein Zusammenleben mit einer großen Minderheit von Deutschen, die Teil des NS-System gewesen waren, musste nach Beendigung des Krieges als sehr schwierig erscheinen und war in der Praxis oft nur schwer vorstellbar.

Bestärkt wurden die Alliierten in ihrer Absicht, nach dem Krieg eine Aussiedlung oder Vertreibung der Deutschen vorzunehmen, durch die deutsche Umsiedlungspolitik während des Krieges. Die von Deutschland seit Beginn des Zweiten Weltkriegs praktizierte, als „Heimholung ins Reich“ bezeichnete, massenhafte Umsiedlung von so genannten „Volks- und Auslandsdeutschen“ in den deutschen Herrschaftsbereich, die mit einer rücksichtslosen ‚Vertreibung’ der ansässigen nichtdeutschen Bevölkerung nach Osten verbunden war, ermutigte die Alliierten, diese Politik der Umsiedlung in Bezug auf die deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa fortzusetzen. Die von den Deutschen bereits durchgeführten Umsiedlungen von ca. einer Million so genannter „Volks-Deutscher“ aus dem Baltikum und aus Südosteuropa in den deutschen Herrschaftsbereich waren nur ein Vorgeschmack auf die noch viel umfangreicheren Umsiedlungen von Deutschen nach Osten zur Kolonisierung des „Ostraums“, zu denen es nach einem Sieg Deutschlands gekommen wäre. Die diesbezüglichen Pläne, die im „Generalplan Ost“ vorgezeichnet worden waren, erwiesen sich vor diesem

---

[10] Brandes, Detlef: Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. 2. überarb. u. erw. Auflage, München 2005.

Hintergrund keineswegs bloß als theoretische Planspiele, sondern als praktische Handlungsanweisungen, mit deren Umsetzung bereits während des Krieges begonnen wurde.

PHASEN UND VERLAUF

Diese deutsche Umsiedlungspraxis, die schon während des Krieges stattgefunden hatte, kommt in dem Begriff der „Vertreibung“ ebenso wenig zum Ausdruck wie die anderen Komponenten des heterogenen Verlaufs, der mit diesem Begriff sehr verkürzt bezeichnet wird. Die Komplexität des historischen Vorgangs wird mit einem kurzen Blick auf die weiteren wichtigsten Phasen deutlich:[11]

Bereits mit dem ersten Zurückweichen der deutschen Wehrmacht aus dem Osten im Jahr 1943 waren Räumungsaktionen der deutschen Bevölkerungen verbunden. Je weiter die Wehrmacht sich nach Westen zurückzog, desto umfangreicher fielen die Zwangsevakuierungen deutscher Zivilisten aus. Diese organisierten Räumungen erreichten im Spätsommer 1944 die Vorkriegsgrenzen des Deutschen Reiches. Aus politischen und propagandistischen Gründen wurde eine vorzeitige oder individuell organisierte Flucht vor der herannahenden Front verboten. Das führte dazu, dass die Evakuierungen erst mit Beginn der sowjetischen Winteroffensive weitergeführt wurden und unter widrigsten Witterungs-, Transport- und Versorgungsverhältnissen in einer völlig chaotischen und verlustreichen Fluchtsituation mündeten. Da dem militärischen Rückzug bis kurz vor Kriegsende im Mai 1945 immer Priorität eingeräumt wurde, wurden Flüchtlingstrecks oft von zurückflutendem deutschem Militär überholt, von den Straßen gedrängt und an ihrem Weg nach Westen gehindert. Nicht wenige Zivilisten gerieten so zwischen die Fronten, fanden sich plötzlich inmitten von Kampfhandlungen wieder oder wurden von nachrückendem sowjetischem Militär überrollt. In diese Flucht- bzw. Evakuierungsphase fiel der Großteil der zivilen Verluste, die in den deutschen Statistiken als „Vertreibungsverluste“ bezeichnet werden. Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung in den Ostgebieten, etwa sechs Millionen Menschen, begab sich in dieser Phase auf den Weg nach Westen.

---

[11] Schwartz, Michael: Ethnische „Säuberung“ als Kriegsfolge: Ursachen und Verlauf der Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung aus Ostdeutschland und Osteuropa 1941 bis 1950, in: Müller, Rolf-Dieter (Hg.): Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945, 2. Halbband: Die Folgen des Zweiten Weltkrieges. München 2008, S. 509-656.

Nach Beendigung der Kriegshandlungen begann eine zweite Phase, die bis zur Potsdamer Konferenz im Juli 1945 anhielt. Sie war einerseits gekennzeichnet durch einen gewissen Rücklauf der geflohenen Bevölkerung, andererseits durch so genannte ‚wilde' Vertreibungen der Deutschen. Spontane Übergriffe auf Deutsche vermischten sich teilweise mit dem Ziel, vor der Potsdamer Konferenz möglichst vollendete Tatsachen zu schaffen. Insgesamt wurden in dieser Phase ca. 400.000 Deutsche „vertrieben". Viele Fachhistoriker, z.B. in der deutsch-tschechischen Historikerkommission verwenden den Begriff „Vertreibung" ausschließlich für diese, relativ kurze Phase des Gesamtkomplexes.

Dieser Phase der „Vertreibung" im engeren Sinne schloss sich nach der Potsdamer Konferenz eine Phase der organisierten Zwangsaussiedlung an, von der in den folgenden Jahren bis 1950 noch einmal ca. sechs Millionen Menschen betroffen waren. Eine „ordnungsgemäße und humane" Durchführung dieser Umsiedlung, wie sie im Potsdamer Abkommen vorgesehen war, war schon aufgrund der Kriegszerstörungen und Versorgungsengpässe, des Mangels an Transportmitteln und Treibstoffen, der unzureichenden Kommunikations- und Koordinierungsmöglichkeiten lange Zeit nicht möglich. Dazu kam, dass die deutsche Terror- und Vernichtungspolitik in den besetzten Gebieten zu einer Haltung gegenüber den Deutschen geführt hatte, die von wenig Mitgefühl geprägt war, teilweise aber das Bedürfnis nach Rache und Bestrafung hervorgerufen hatte.

Nach dem Bundesvertriebenengesetz von 1953, das bis heute Gültigkeit besitzt, galten alle Deutsche, die auf diesen höchst unterschiedlichen Wegen und Weisen in die Bundesrepublik gelangt waren, als „Vertriebene". Darin eingeschlossen waren auch die NS-Umgesiedelten, z.B. aus Bessarabien, Wolhynien oder dem Baltikum, und auch die Spätaussiedler, die in den Jahren nach Beendigung der erzwungenen Aussiedlungsmaßnahmen nachträglich aus Polen, Russland oder Rumänien in die Bundesrepublik aussiedelten. Entscheidend für die Begriffsprägung war der Heimatverlust, der (mit Ausnahme der Spätaussiedler) letztlich für alle als ein erzwungener gelten konnte und der in der Bundesrepublik lange als unrechtmäßig und revidierungsbedürftig angesehen wurde.

Der Komplexität des historischen Ereignisses und der Heterogenität der Erfahrungen der Betroffenen wird der Begriff auch in seiner späteren Erweiterung zu „Flucht und Vertreibung" dagegen nicht gerecht. Er bezeichnet weniger das sehr viel kompliziertere historische Ereignis als vielmehr eine bestimmte Form der Erinnerung, die er gleichzeitig sprachlich präfiguriert.

In der Forschung ist dies in den vergangenen Jahren wiederholt kritisch angemerkt worden. In den letzten Jahren hat man teilweise versucht, den neutraleren Begriff der „Zwangsmigration“ zu etablieren, allerdings mit nur geringem Erfolg. Diese begrifflichen Umprägungsversuche stehen auch im Zusammenhang mit einer Neuausrichtung eines Teils der Forschungen zu Flucht und Vertreibungen, die seit den 1990er Jahren zu beobachten ist.

Der Komplex von Flucht und Vertreibung ist paradoxerweise eines der am ausführlichsten bearbeiteten Untersuchungsfelder der deutschen Zeitgeschichte, das gleichzeitig große Defizite aufweist. Bereits in den 1950er Jahren wurde zu diesem Themenbereich das früheste und bis heute umfangreichste Großforschungsprojekt der deutschen Zeitgeschichte durchgeführt. Von 1953 bis 1962 erschien als Ergebnis die fünfbändige „Dokumentation der Vertreibung“, die den Vorgang anhand von Hunderten von Zeitzeugenberichten zu rekonstruieren versuchte. Diese Arbeit hat jedoch, wie viele andere Arbeiten der 1950er Jahre zu diesem Thema, ein großes Manko: Sie entstand als regierungsamtliche Auftragsarbeit und sollte bei etwaigen Friedensverhandlungen zur Durchsetzung des deutschen Rechtsanspruchs auf die verlorenen Ostgebiete eingesetzt und eventuellen Reparationsforderungen entgegengesetzt werden. Dementsprechend stehen hier die deutschen Verluste und die Leiden der Zivilbevölkerung im Vordergrund. Es entsteht aber kein Gesamtbild, das den Vorgang erklären und kontextualisieren würde. Trotz ihres stark politisierten Entstehungszusammenhangs dient die Dokumentation bis heute als Referenzwerk und wurde erst 2004 als dtv-Taschenbuch wiederaufgelegt.[12]

Als seit Mitte der 1960er Jahre die deutschen Verbrechen während des Krieges insbesondere gegenüber den Juden immer stärker ins Bewusstsein drangen, trat das politisierte Thema „Flucht und Vertreibung“ auch in der Forschung zunehmend in den Hintergrund. Es wurde jedoch insbesondere von Wissenschaftlern, die den Vertriebenenverbänden nahe standen, kontinuierlich weiterverfolgt und dabei auch von der Politik weiter gefördert. Seit dem Aufkommen der Sozialgeschichte in den 1970er Jahren verlegte sich das Interesse der Forschung immer stärker auf den Aspekt der Ankunft, Aufnahme und Integration der Vertriebenen im Westen. Zahlreiche Arbeiten entstanden vor allem in den 1980er Jahren, die sich mit den sozialen und wirtschaftlichen

[12] Schieder, Theodor (Bearb.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, hgg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 5 Bde. in 8 Teilbänden, 3 Beihefte, 1 Registerband. Bonn 1953-1962 (letzter ND in 8 Bänden. München 2004).

Veränderungen beschäftigten, die mit dem Bevölkerungszuwachs aus dem Osten auf verschiedenen Ebenen einhergingen.

Seit den 1990er Jahren schließlich hat der Vorgang von Flucht und Vertreibung selbst wieder ein größeres Interesse in der Geschichtswissenschaft gefunden, was mit der neuen politischen Situation nach dem Ende des Kalten Krieges zusammenhängt. Zum einen öffneten sich nun die Archive in den osteuropäischen Staaten, die bislang verschlossen waren, zum anderen war das Thema nach der offiziellen Anerkennung der deutschen Ostgrenze durch die vereinigte Bundesrepublik 1990 nicht mehr so politisiert wie vorher – zumindest waren nun die Gebietsforderungen, die bis dahin immer mit der Vertriebenenthematik verknüpft waren, endgültig obsolet geworden. Es entstanden nun jedoch kontroverse Debatten, die eng mit der gesellschaftlichen Diskussion um die angemessene Erinnerung an Flucht und Vertreibung verbunden waren und bis heute sind.

Dies betrifft insbesondere die Frage nach der richtigen historischen Kontextualisierung des Ereignisses. Zu Beginn der 1990er Jahre hatte in der seriösen Forschung weitgehend ein Konsens darüber bestanden, dass Flucht und Vertreibung in einem kausalen Verhältnis zu dem von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg stehen und in diesen Rahmen zu kontextualisieren sind. In neueren Arbeiten dagegen wird immer öfter auf eine vermeintlich gesamteuropäische Tendenz der ethnischen Homogenisierung seit dem 19. Jahrhundert verwiesen, deren Höhepunkt in der Mitte des 20. Jahrhunderts mit dem Holocaust und der Vertreibung der Deutschen erreicht worden sei.

Diese Art der Kontextualisierung ist in der Forschung derzeit heftig umstritten – nicht zuletzt wegen der damit einhergehenden Parallelisierung von Shoah und Vertreibung als zwei unterschiedlichen Ergebnissen einer gemeinsamen gesamteuropäischen Geisteshaltung, die im 20. Jahrhundert ethnisch motiviert gewesen sein soll.

Weniger umstritten ist die seit einigen Jahren zu beobachtende kulturhistorische Hinwendung zu den Formen der kollektiven Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“. Auch hier gibt es geschichtspolitische Ambitionen, die etwa darauf abzielen, Flucht und Vertreibung zu einem zentralen Erinnerungsort der Deutschen zu machen.
Es dominieren jedoch empirisch arbeitende Forschungsprojekte, die den Umgang mit den Themen Flucht und Vertreibung in der deutschen Erinnerungskultur und ihren verschiedenen Subkulturen im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte untersuchen. Dazu sind bereits erste Arbeiten entstanden und eine Reihe von Arbeiten im Entstehen.

Eine Frage, die in unterschiedlicher Intensität daran geknüpft und weiterhin zu diskutieren ist, ist die nach den heutigen und zukünftigen Möglichkeiten der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ im öffentlichen Bereich und in der historisch-politischen Bildung.

ERINNERUNG IM DENKMAL. VERTRIEBENENDENKMÄLER IN DEUTSCHLAND UND DIE DENKMALANLAGE IN OBERSCHLEISSHEIM.

STEPHAN SCHOLZ

Wenn es um das Thema „Flucht und Vertreibung“ geht, ist in den vergangenen Jahren immer wieder zu hören und zu lesen, dieses Thema sei in der Bundesrepublik lange ein Tabuthema gewesen. Besonders intensiv wird diese These seit 1999 im Zusammenhang mit dem Projekt eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin mit dem offensichtlichen Ziel angeführt, dessen vermeintliche Notwendigkeit zu belegen. Insbesondere Erika Steinbach, die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Initiatorin eines Vertreibungszentrums in Berlin, hat wiederholt beklagt, es sei ein „Leichentuch des Schweigens“ über „das Vertreibungsverbrechen“ gelegt worden und die Vertreibung sei bislang ein „stigmatisiertes Thema“ gewesen.[13]

Die historische Forschung hat in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen und auch belegt, dass diese Tabuthese völlig unhaltbar ist, und Flucht und Vertreibung immer Gegenstand des öffentlichen Diskurses in der Bundesrepublik waren. Das wissen auch diejenigen, die die Tabuthese immer wieder öffentlich vertreten. Während Erika Steinbach etwa 2007 noch in einem Interview erklärte, es sei überfällig, dass eine zentrale Gedenk- und Dokumentationsstätte den „weißen Fleck in unserer Gedenkstättenlandschaft“ ausfülle,[14] wies sie zur selben Zeit und im Widerspruch dazu an anderer Stelle auf eine „vielgestaltige und beeindruckende Gedenkstättenlandschaft für diesen Teil deutscher Geschichte“ hin.[15]

Diese anerkennende Äußerung machte Steinbach im Vorwort einer Online-Dokumentation des BdV, in der über 1.400 Vertriebenendenkmäler in der Bundesrepublik nachgewiesen werden. Der BdV betont dabei zutreffend, dass diese Auflistung unvollständig und lückenhaft, die tatsächliche Zahl an Vertriebenendenkmälern also noch höher ist. Allein angesichts dieser großen Zahl an Denkmälern und Gedenkstätten, Gedenksteinen und -tafeln, die im

---

[13] Erika Steinbach, Das Gewissen ist gegen Vertreibungen sensibilisiert, in: Süddeutsche Zeitung, 26.8.1999, S. 11.

[14] „Sehnsucht nach Mitgefühl und Verständnis“. Interview mit Erika Steinbach, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 04.01.2007, S. 6.

[15] Steinbach, Erika: In Memoriam, in: Bund der Vertriebenen: Mahnmale und Gedenkstätten der Vertriebenen und Flüchtlinge in Deutschland und in ihren Herkunftsgebieten. URL: <http://www.bund-der-vertriebenen.de/infopool/inmemoriam.php3>.
Mittlerweile liegt auch eine gedruckte Fassung inklusive des entsprechenden Zitats vor: Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (Hg.): Mahn- und Gedenkstätten der deutschen Heimatvertriebenen, Bonn 2008, S. 3.

öffentlichen Raum an Flucht und Vertreibung erinnern, erweist sich die These vom Tabu der Vertreibung in der deutschen Erinnerung als absurd.

VERTRIEBENENDENKMÄLER IN DER BUNDESREPUBLIK

Seit Gründung der Bundesrepublik entstanden kontinuierlich Vertriebenendenkmäler, und ihre Zahl hat über die Jahre und Jahrzehnte stetig zugenommen. Es wurde zwar nie ein zentrales nationales Denkmal für die Vertriebenen errichtet – ebenso wenig wie z.B. für die im Zweiten Weltkrieg ‚gefallenen' Soldaten oder die Bombenopfer – stattdessen entstand aber ein dichtes Netz aus Gedenkorten in zahlreichen Städten, Kommunen und Gemeinden. Bis 1990 war das ein rein westdeutsches Phänomen. Erst nach der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten wurden entsprechende Denkmäler vielfach nun auch in den ostdeutschen Bundesländern realisiert. In Westdeutschland dagegen waren seit Gründung der Bundesrepublik in allen Bundesländern Vertriebenendenkmäler errichtet worden.

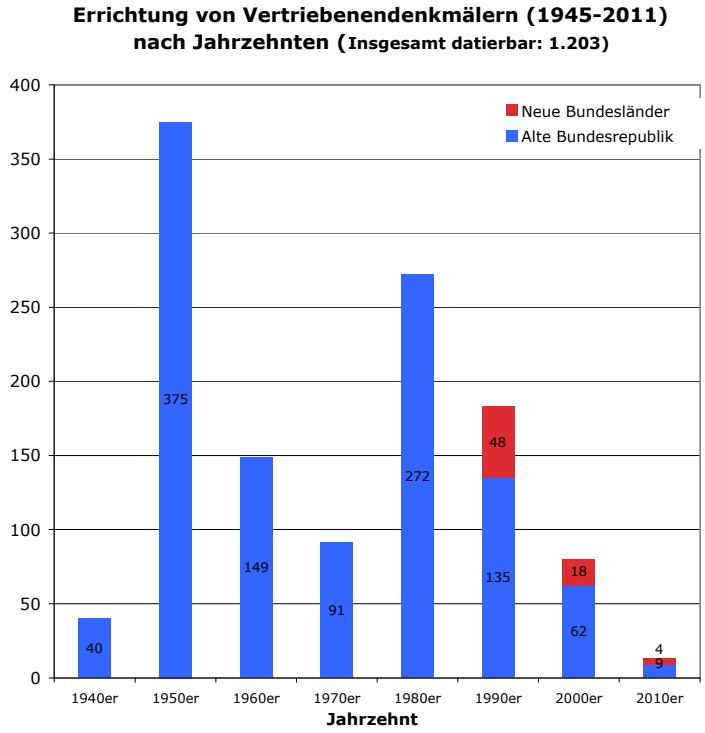
An der Spitze steht dabei das Bundesland Bayern mit 420 vom BdV gezählten Denkmälern.[16] Erst mit erheblichem Abstand folgen Hessen und Baden-Württemberg mit 268 bzw. 253 Denkmälern. Erst dann kommen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit 187 bzw. 150 Denkmälern. Die Spitzenposition Bayerns im Denkmalbau ist zumindest teilweise damit zu erklären, dass Bayern nach 1945 mit fast zwei Millionen die größte absolute Zahl an Vertriebenen aufgenommen hat. Hinzu kommt Bayerns Eigenschaft als größter Flächenstaat, die den Denkmalbau insofern begünstigt, als Vertriebenendenkmäler offenbar eher ein Phänomen kleinerer als größerer Städte und Gemeinden sind. Ein weiterer Grund ist in dem politischen Selbstverständnis des Freistaates zu suchen, dessen Regierungen sich immer als einen besonderen Anwalt der Vertriebenen präsentiert und entsprechende Erinnerungsprojekte gefördert haben. Bayern ist bis heute das einzige Bundesland, das mit dem 1999 von der Staatsregierung auf dem Nürnberger Hallplatz errichteten Vertriebenendenkmal ein zentrales Denkmal zum Gedenken an Flucht und Vertreibung besitzt Bayern pflegt nicht nur eine so genannte „Patenschaft" für die Sudetendeutschen, die nach der Landesverfassung als „vierter Stamm Bayerns" gelten, sondern seit 1978 auch für die Landsmannschaft Ostpreußen, was eine gewisse Bedeutung für die Einrichtung der Gedenkanlage in Oberschleißheim haben sollte.

---

[16] Diese und die folgenden Zahlen nach Auswertung der BdV-Dokumentation (wie Anm. 3).

Was die zeitliche Konjunktur der Denkmalerrichtungen angeht, so wurden gleich im Gründungsjahr der Bundesrepublik, im Jahr 1949, bereits 31 Vertriebenendenkmäler errichtet, gegenüber nur neun Denkmälern in den drei Vorjahren. Die erste Hochphase des Denkmalbaus bildeten dann die 1950er Jahre, als in der öffentlichen Kriegserinnerung allgemein die deutschen Opfer dominierten. 375 Vertriebendenkmäler wurden in diesem Jahrzehnt errichtet, während im selben Zeitraum zahlreiche Mahnmale für NS-Opfer, die unmittelbar nach Kriegsende von den Verfolgten selbst oder auf Anordnung der Besatzungsbehörden errichtet worden waren, wieder demontiert wurden oder verfielen.

In den 1960er und 1970er Jahren nahm dann die Zahl neu errichteter Vertriebenendenkmäler ab. Zu dieser Zeit erlebte das Denkmal als Medium generell eine Krise. Vertriebenendenkmäler speziell genossen in Zeiten der neuen Ostpolitik nicht mehr so große Akzeptanz wie zuvor und darüber hinaus traten nun auch langsam die Verfolgten des Nationalsozialismus als zu gedenkende Opfer ins allgemeine Bewusstsein, für die dann seit den 1980er Jahren bundesweit eine große Zahl von Mahnmalen entstand.



Als direkte Reaktion darauf kann man den Boom deuten, den gleichzeitig auch die Vertriebenendenkmäler in den 1980er Jahren erlebten. 272 neue Denkmäler wurden in diesem Jahrzehnt errichtet – das waren mehr als in den 60er und 70er Jahren zusammen. Ein Impuls dafür war zum einen der 40. Jahrestag des Kriegsendes im Jahr 1985. In diesem Gedenkjahr entstanden 30 Vertriebenendenkmäler – so viele wie zuletzt 1956! Der Boom beschränkte sich aber nicht auf dieses Jahr und war wohl noch mehr eine Folge der

„geistig-moralischen Wende“ der Kohl-Regierung, die geschichtspolitisch neue Akzente setzte und allein die Fördermittel des Bundes für die Kulturarbeit der Vertriebenen sukzessive um fast 700% erhöhte.[17]

In den 1990er Jahren, als weitere 183 Denkmäler errichtet wurden, entstand nun jedes Vierte davon in den neuen Bundesländern. Auch in diesem Jahrzehnt war das Gedenkjahr 1995 wieder das mit der höchsten Zahl. Dazu kam in diesen Jahren als Impuls auch das Vertreibungsgeschehen im ehemaligen Jugoslawien, das der Thematik eine unerwartete Aktualität und Aufmerksamkeit bescherte und bei nahezu jeder Denkmaleinweihung oder Gedenkfeier angesprochen wurde.

Seit den 1990er Jahren ist neben dem allgemein gewachsenen Interesse an dem Thema „Flucht und Vertreibung“ vielerorts auch eine größere Sensibilität gegenüber den bestehenden Denkmälern zu beobachten, die sich auch auf neue Denkmalinitiativen richtet. Über neue Denkmalsetzungen wird heute nicht selten kontrovers diskutiert und gestritten. Mit dem langsamen Aussterben der Erlebnisgeneration stellt sich immer mehr die Frage, ob und inwiefern Denkmäler in geeigneter Weise eine nachhaltige Erinnerungsfunktion im Hinblick auf das Thema „Flucht und Vertreibung“ wahrnehmen können und sollen.

Vertriebenendenkmäler sind in den vergangenen Jahrzehnten mit unterschiedlichen Absichten errichtet worden. Sowohl bei ihrer Errichtung als auch später, insbesondere bei Gedenkveranstaltungen, wurden verschiedene Erinnerungszwecke mit ihnen verbunden. Die vier häufigsten und wichtigsten davon, die häufig gemeinsam oder vermischt miteinander auftreten, sollen hier kurz genannt werden:

1. Totengedenken und Verlustbewältigung: Gerade in der Frühzeit der Bundesrepublik dienten Vertriebenendenkmäler zunächst dem religiös motivierten Totengedenken. Sie wurden häufig auf Friedhöfen errichtet und bedienten sich einer religiösen Symbolik, die von Grabmälern übernommen wurde. Sie bildeten Ersatzorte für die Gräber in der alten Heimat, die den Vertriebenen nicht mehr zugänglich waren, und sie waren den Angehörigen gewidmet, die man während der Flucht oder Vertreibung verloren hatte. Darüber hinaus dienten sie, wie die

---

[17] Zwischen 1982 und 1998 wurden die Fördermittel für die Kulturarbeit der Vertriebenen von 3 Mill. DM 1982 über 23 Mill. DM 1988 bis auf 52 Mill. DM 1998 erhöht. Vgl. Lepiarz, Jacek: Blühende Erinnerungslandschaften, in: Dialog 68, URL: <http://www.dialogonline.org/artikel.php?artikel=47&print=1> (Zugriff: 1.3.07); Bergsdorf, Wolfgang: Der Stellenwert ostdeutscher Kulturpflege in der Ära Kohl, in: Kittel, Manfred u. Gauger, Jörg-Dieter (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur, St. Augustin 2005, S. 53-67, hier S. 64.

Kriegerdenkmäler der Einheimischen, dem Gedenken der ‚gefallenen' Soldaten. Vertriebenendenkmäler waren Orte der Trauer und Verlustbewältigung. Das bezog sich nicht nur auf die Toten, sondern auf alles das, was durch Krieg, Flucht und Vertreibung verloren gegangen war und ‚die alte Heimat' fortan begründete: den materiellen Besitz, den sozialen Zusammenhang, das Vertrautsein mit der Umwelt, die innere Integrität – letztlich einen scheinbar heilen Zustand, den man endgültig verloren zu haben glaubte.

2. Beheimatung und Integration: Eng verbunden damit war eine sozial-integrative Funktion. Indem die Vertriebenen sich öffentliche Orte der Trauer und der Verlustbewältigung schufen, nahmen sie vom öffentlichen Raum Besitz, prägten ihn mit und wurden so zumindest symbolisch Teil der ansässigen Gesellschaft. Umgekehrt boten Denkmaleinweihungen und regelmäßig stattfindende Gedenkfeiern an den Vertriebenendenkmälern der Aufnahmegesellschaft die Gelegenheit, ihre Bereitschaft zur Eingliederung der Vertriebenen zu demonstrieren. Bis heute wird an den Denkmälern immer wieder die gelungene Integration als Leistung der Vertriebenen, aber auch der deutschen Gesellschaft insgesamt hervorgehoben.

3. Territoriale Revision: Ein weiteres wichtiges Motiv für das gemeinschaftlich begangene Gedenken an die Vertreibung war lange Zeit die Aufrechterhaltung territorialer Ansprüche auf die verlorenen Ostgebiete. Vertriebenendenkmäler besaßen somit lange eine doppelte und in sich widersprüchliche Funktion: Sie sollten einerseits der Beheimatung der Vertriebenen im Westen und andererseits der Aufrechterhaltung ihres Rückkehrwunsches dienen. Der territoriale Anspruch auf die alte Heimat sollte darüber hinaus auch den Nicht-Vertriebenen als nationale Aufgabe vermittelt werden. Anders als Heimatkreuze und Gedenksteine auf Friedhöfen der Form nach suggerieren könnten, wurde hier nicht die alte Heimat zu Grabe getragen und ein Ort des Abschieds geschaffen. Sie sollten vielmehr Orte des Bekenntnisses sein, an denen im Angesicht der Toten demonstrativ die ‚Treue zur Heimat' bekundet wurde. Schon früh wurden Vertriebenendenkmäler so auch zu Orten politischer Proklamationen und Forderungen, insbesondere im Hinblick auf die Revision der neuen deutschen Ostgrenze.

4. Opferstilisierung und Opferkonkurrenz: Schließlich dienten und dienen Vertriebenendenkmäler geschichts- und identitätspolitischen Zwecken im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg. In Vertriebenendenkmälern wird der ursächliche Kontext des Zweiten Weltkrieges in der Regel vollkommen ausgeblendet. Die Vertriebenen erscheinen hier als Opfer

eines willkürlichen Unrechts der Kriegsgegner, ohne dass deren Motive oder die unmittelbare Vorgeschichte erwähnt werden. Vertriebenendenkmäler tragen zur Inszenierung der Deutschen als Opfer des Krieges bei und fungieren damit als Gegengewicht zum deutschen Täterbewusstein. Als Erinnerungsmedien im öffentlichen Raum bilden sie ein Instrument in einer latenten Konkurrenz zu den Verfolgten und Opfern des Nationalsozialismus.

GEDENKANLAGE OBERSCHLEISSHEIM: VORSTELLUNG UND EINORDNUNG

Die Gedenkanlage in Oberschleißheim entstand 1984 und war eine Schöpfung der seit 1982 in Oberschleißheim ansässigen Ost- und Westpreußenstiftung (OWS)[18]. Die OWS war 1971 aus der bayerischen Landsmannschaft Ost- und Westpreußen heraus als kulturelle Stiftung gegründet worden – auf Anregung der bayerischen Staatsregierung, um auch zukünftig staatliche Fördermittel für kulturelle Projekte zuweisen zu können.[19] Der zuständige Staatsminister für Arbeit und Soziales war seit 1973 auch Schirmherr der Stiftung. Ziel der OWS war es nach der überarbeiteten Satzung von 1984 nicht nur, die ost- und westpreußische Kultur zu pflegen und „als wesentlichen Bestandteil der deutschen Kultur im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes zu erhalten“, sondern auch das allgemeine „Bewusstsein um Schicksal und lebensentscheidende Bedeutung des ostdeutschen Landes“ zu bewahren und zu fördern.[20]

Neben umfangreichen anderen Aktivitäten begann die OWS zu diesem Zweck 1983 einen weitläufigen Denkmalbereich einzurichten, der in den Folgejahren immer mehr vergrößert wurde. Wie die „Junge Freiheit“ 2007 – in diesem Fall vollkommen zutreffend – schrieb, entwickelte sich

---

[18] Ich danke an dieser Stelle dem ehem. Vorsitzenden der OWS, Gustav Graf von Keyserlingk, für die Erlaubnis zur Benutzung des Archivs der Stiftung, auf die sich die folgenden Ausführungen zu einem großen Teil stützen.

[19] Anlass war die Neuregelung der staatlichen Förderung für die Kulturarbeit der Vertriebenen. Finanzielle Zuwendungen konnten nicht mehr an die Landsmannschaften direkt, sondern nur noch an Kultureinrichtungen der Vertriebenen gehen.

[20] Zit. nach Radke, Doro: 25 Jahre Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V., in: Dies.: Wege und Ziele ostdeutscher Kulturarbeit. 25 Jahre Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern, Rückschau und Ausblick. München 1997, S. 5-36, hier S. 5.

Oberschleißheim damit zu einem „der außergewöhnlichsten Erinnerungsorte in Deutschland, der dem Schicksal der Heimatvertrieben gewidmet ist“.[21]

Pionierlandungsboot (Bildarchiv JBS Oberschleißheim)

Ausgangspunkt und Herzstück der Anlage war das Pionierlandungsboot, das 1983 von der OWS erworben und von Schleswig-Holstein nach Oberschleißheim gebracht wurde. Das ehemalige Kleinkampfschiff der Wehrmacht, das zum Kriegsende 1945 an der Räumung Ostpreußens beteiligt war, sollte die Richtung vorgeben, in der in Oberschleißheim in den Folgejahren an Flucht und Vertreibung erinnert wurde. Das Boot sollte nach der Intention der OWS durch die Aura seiner Authentizität einen sinnlichen Zugang zu den Ereignissen der letzten Kriegsereignisse herstellen. Es sollte die Betrachter dazu anregen, sich vorzustellen, welche „erschütternden Szenen sich einst auf diesen Planken abgespielt haben mögen“ und dazu dienen, über die Vergegenwärtigung des Elends, Entsetzens und der Entbehrungen der Flüchtlinge Empathie zu ihnen herzustellen und sie als Opfer zu würdigen.[22]

---

[21] Möller, Peter: Ungewisse Zukunft. Gedenkpolitik: Vertriebenenmahnmal vor der Umgestaltung, in: Junge Freiheit (2007), H. 16 (13.4.), URL: <http://www.jf-archiv.de/archiv07/200716041318.htm> (Zugriff: 1.3.10).

[22] Radke, Doro: Ein Landungsboot der Pioniere wird Denkmal, in: Das Ostpreußenblatt, 17.12.1983.

Unter Ausblendung des genuin offensiven Charakters eines Pionierlandungsbootes galt es gleichzeitig als authentisches Symbol eines vermeintlich aufopferungsvollen und heldenhaften Einsatzes der Wehrmacht bei der ‚Rettung' von Flüchtlingen vor der Roten Armee über die Ostsee. „Dank den Rettern" hieß es dementsprechend auf einem Bronzerelief, das neben dem Boot an einer Gedenkmauer angebracht wurde. An diese Mauer wurden nach und nach fast ein Dutzend Gedenktafeln angebracht, die an den „Leistungswillen" und den „Opfermut" verschiedener Wehrmachtseinheiten beim vermeintlich „größten Rettungswerk über See" erinnern und gleichzeitig deren Einsatz bei der „Verteidigung Ostpreußens" würdigen sollten. In zahlreichen Gedenkreden wurde seitdem immer wieder das Bild der Wehrmacht als einer Defensivarmee gezeichnet, die den Heimatboden gegen äußere Feinde lediglich verteidigt und zugleich als humanitäre Organisation der Rettung von Menschenleben gedient habe. Wie auch bei anderen Vertriebenendenkmälern generell üblich, blieb die Vorgeschichte seit 1939 und die tragende Rolle der Wehrmacht im nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg im Osten ausgeblendet. Dass die Evakuierung der Bevölkerung dem militärischen Rückzug bis kurz vor Kriegsende untergeordnet war und deutsche Flüchtlinge vielfach von zurückflutendem deutschem Militär von den Fluchtstraßen verdrängt und ihrem Schicksal überlassen wurden, wurde ebenso wenig thematisiert wie die Tatsache, dass die Evakuierung selbst dafür verantwortlich war, dass es zu erheblichen zivilen Verlusten kam. Die Frage, ob ein früheres Ende der Kampfhandlungen, also eine frühere Kapitulation, diese Verluste nicht hätte vermeiden können, wurde ebenfalls nicht gestellt.

Stattdessen wurde in Oberschleißheim ein Wehrmachtskult inszeniert, der in den 1950er Jahren in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet, in den 1980er Jahren dagegen schon nicht mehr mehrheitsfähig war. Tatkräftig unterstützt wurde die OWS dabei von der bayerischen Staatsregierung. Franz Josef Strauß ließ es sich nicht nehmen, die Gedenkanlage 1984 selbst einzuweihen. In seiner Einweihungsrede verwies er nicht nur auf die „Vertreibungsopfer" einerseits und „die Tapferkeit und den Heldenmut der helfenden und rettenden Verbände" der Wehrmacht andererseits. Er betonte auch, dass auch im Jahr 1984 noch die Grenzen von 1937 Gültigkeit besäßen. Das „offene Bekenntnis" zu den „unveräußerlichen, ewigen, ehernen Rechten" des deutschen Volkes auf seine Vorkriegsgrenzen müsse mit demselben Mut erfolgen, den „damals unsere Kameraden bei der Rettung von Hunderttausenden von deutschen Frauen, Männern, Kindern, Greisen, Verwundeten [...] gezeigt" hätten.[23] Noch nach der deutschen

---

[23] Strauß, Franz Josef: Bayerns Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen. Ansprache bei der Einweihung des Mahnmals „Flucht und Vertreibung" in Oberschleißheim am 19. Juli 1984, in:

Wiedervereinigung würdigte Staatsminister Thomas Goppel 1993 in Oberschleißheim den Beitrag der OWS, „den Anspruch auf Selbstbestimmung“ des deutschen Volkes wachgehalten zu haben: „Ihnen verdanken wir, dass gesamt- und rechtstaatliches Denken nicht untergingen.“[24]

Symbolisieren sollte die weiter bestehende territoriale Zugehörigkeit der verlorenen Ostgebiete auch eine über die Jahre immer größer werdende Sammlung von zuletzt 110 Glasziegeln, die in die Gedenkmauer eingepasst wurden und so genannte „Heimaterde“ enthielten – nicht nur aus Ostpreußen, sondern auch aus anderen Herkunftsgebieten von Vertriebenen, die teilweise auch außerhalb der Grenzen von 1937 lagen, etwa im Baltikum. Diese Erde sollte auch die letzten Ruhestätten der Kriegsopfer und der kämpfenden Soldaten im Osten repräsentieren. Darunter befand sich kurioserweise auch Erde vom Soldatenfriedhof am Waterberg in Südwestafrika, wo deutsche Soldaten beerdigt liegen, die 1904 bei der Niederschlagung des Herero-Aufstandes und damit am ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts beteiligt waren.[25]

Die Gedenkanlage in Oberschleißheim knüpfte zudem an den ostpreußischen Grenzlanddiskurs der Zwischenkriegszeit an sowie an die Revisionspropaganda, die sich nach dem Ersten Weltkrieg gegen die Friedensordnung von Versailles gerichtet hatte. Deutlich wurde das an der 1991 aufgestellten Nachbildung eines so genannten „Abstimmungsgedenksteins“, der daran erinnern sollte, dass bereits die deutschen Gebietsabtretungen nach dem Ersten Weltkrieg unrechtmäßig gewesen seien. Noch deutlicher wurde der Bezug zum Revisionsdiskurs der Zwischenkriegszeit, als 1995 das Ehrenmal für die gefallenen Soldaten aller ost- und westpreußischen Verbände unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Edmund Stoiber eingeweiht wurde. Das Oktogon mit dem zentralen Hochkreuz stellte nämlich eine verkleinerte Version des Krieger-Nationaldenkmals im ostpreußischen Tannenberg dar, das 1927 nahe der polnischen Grenze errichtet und in den 1930er Jahren als Begräbnisstätte

---

Deportation, Flucht und Vertreibung. Ein Rückblick nach 40 Jahren, hg. v. Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, 2., veränd. Aufl., München 1987, S. 1-3, hier S. 2.

[24] Zit. nach dem Redeauszug auf der Einladung zur Feierstunde am 7. Mai 2000 (Ost- und Westpreußenstiftung Oberschleißheim).

[25] Die Erde hatte der Stiftungsvorsitzende Heinz Radke 1994 selbst mitgebracht. Vgl. Gersdorff, Leuther von; Krause, Christian; Ritgen, Udo; Scholz, Kurt F., Zlomke, Dietrich O. (Hg.): Bild-Dokumentation Gedächtnisstätte Oberschleißheim, Oberschleißheim 2008, S. 81. Rund 80% der Herero verloren ihr Leben, nachdem ein deutscher Vernichtungsbefehl ausgegangen war und man sie systematisch verdursten ließ.

Hindenburgs von den Nazis zum „Reichsehrenmal“ erklärt worden war. Wie das Vorbild, so sollte auch die Oberschleißheimer Nachbildung ein „Mahnmal gegen Versailles“ sein.[26] Initiator des Ehrenmals war das „Kuratorium ehemaliger ost- und westpreußischer Verbände“, also ein Veteranenverband, der bereits seit den 1980er Jahren natürliches Mitglied der OWS war. Dieses Kuratorium hatte bis in die 1990er Jahre in der Innenstadt von Göttingen an einem markanten und zentralen Kriegerdenkmal jährlich eine Ehrung der ostpreußischen Soldaten vorgenommen. Seit den 1980er Jahren war es in Göttingen aber zu immer größeren Protesten und Gegendemonstrationen gekommen, die einen erheblichen Polizeischutz nötig machten. Nachdem die Soldatenskulptur 1988 von Unbekannten vom Sockel gestoßen und der dabei abgefallene Kopf entwendet worden war, entschied sich das Kuratorium, aus dem Zentrum der Universitätsstadt Göttingen an die Peripherie von Oberschleißheim auszuweichen, wo nicht mit derartigen Protesten zu rechnen war.

Seit 1995 bildeten das „Ehrenmal“ und das „Mahnmal Flucht und Vertreibung“ zwei aufeinander bezogene Elemente eines Denkmalensembles. Mehr noch als bereits schon zuvor stand nun die Erinnerung an das „deutsche Soldatentum“[27] im Vordergrund, das hier als „heldenmütiger“ Verteidiger der Heimat und aufopferungsvoller Retter der Flüchtlinge inszeniert wurde. „Der ethische Wert der Gesinnung, der die Soldaten ihren Opfergang bis zu Ende gehen ließ, bleibt zeitlos und vorbildlich,“ hieß es 1995 bei der Einweihung des Ehrenmals. Die geringe Anerkennung der Wehrmachtssoldaten in der Bevölkerung sei eine Folge „nationaler Umerziehung“, meinte bei dieser Gelegenheit der ehem. Inspekteur des Bundeswehrheeres, Eberhard Burandt.[28] Und der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, betonte, in einer Zeit, da der deutsche Soldat „schlimmen Diffamierungen ausgesetzt“ sei: „Unsere Soldatentoten waren immer Opfer und nicht Täter.“[29]

Diese Äußerungen zeigen nicht nur den Anachronismus des in Oberschleißheim gepflegten Wehrmachtskultes, sondern auch die Konkurrenz um den Opferstatus. Bereits vor der Einweihung hatte die OWS 1984 bei Franz

---

[26] Vogelsang, Erich: Mahnmal gegen Versailles, in: Das Ostpreußenblatt, 04.03.2000.

[27] Sagan, Hans: Der Kameraden gedacht. Ehrenmal für Ost- und Westpreußische Truppenverbände eingeweiht, in: Das Ostpreußenblatt, 08.07.1995.

[28] Nach Thomasius, Hermann Christian: Preußische Tradition auf bayerischem Boden, in: Alte Kameraden (1995), H. 7/8, S. 20.

[29] Wilhelm v. Gottberg als Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, hier zit. nach Sagan, Der Kameraden gedacht (wie Anm. 14).

Josef Strauß für die Anlage mit der Nachbarschaft zu Dachau geworben. In einem Brief an ihn hieß es: „In unmittelbarer Nachbarschaft zu der Erinnerungsstätte Dachau erscheint es uns sinnvoll, dass auch ein Denkmal für die ostdeutschen Opfer der Gewalt des letzten Weltkrieges an diesen tragischen und unseligen Abschnitt europäischer Geschichte erinnert. [...] Ein derartiges Mahnmal gibt es bisher noch nicht.“[30] Und noch im Jahr 1999 erklärte der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, auf der jährlichen Gedenkfeier am 8. Mai die Vertreibung zu einem „Genozid an den Ostdeutschen“, der genauso geächtet werden müsse wie der „Holocaust am europäischen Judentum“.[31]

Die Gedenkanlage in Oberschleißheim stellt auch im Rahmen der deutschen Vertriebenendenkmäler tatsächlich einen außergewöhnlichen Erinnerungsort dar – und das nicht nur wegen ihrer Größe und des Umfangs an Gedenkobjekten. Hier wurden Gedenkpraktiken konserviert, die Mitte der 1980er Jahre vielfach bereits unüblich geworden waren. Zwar wurde auch an anderen Orten zu dieser Zeit noch gelegentlich an das vermeintliche Opfer der deutschen Soldaten zur „Rettung“ der Vertriebenen erinnert. Ein Wehrmachtskult wie in Oberschleißheim wurde andernorts in dieser Form aber nicht mehr betrieben. Im Rahmen des deutschen Opferdiskurses traten seit den 1980er Jahren an die Stelle der Soldaten – die in der deutschen Gesellschaft immer mehr auch als Täter gesehen wurden – vielfach Frauen und Kinder auf der Flucht, die den Status unschuldiger Opfer repräsentierten[32]. Inhaltlich anachronistisch, war die Gedenkanlage in Oberschleißheim allerdings in methodischer Hinsicht zum Teil durchaus modern und auf der Höhe ihrer Zeit. Dies betrifft insbesondere die Verwendung authentischer Objekte, die eine direkte Verbindung zu längst vergangenen Ereignissen herzustellen scheinen. Sie bieten die Möglichkeit eines stärker emotionalen als kognitiven Zugangs zum historischen Gegenstand – ein Verfahren, das heute in der Gedenkstätten- und Ausstellungspraxis gang und gäbe, gleichwohl nicht unproblematisch ist.

---

[30] Schreiben von Heinz Radke an Franz Josef Strauß, 23.05.1984 (Ost- und Westpreußenstiftung Oberschleißheim).

[31] Grußwort von Wilhelm v. Gottberg vom 04.05.1999 zur Gedenkfeier am 8. Mai 1999 in Oberschleißheim (Ost- und Westpreußenstiftung Oberschleißheim).

[32] Vgl. Scholz, Stephan: Zwischen Viktimisierung und Heroisierung. Geschlechterkonstruktionen im deutschen Vertreibungsdiskurs, in: Franzen, K. Erik / Schulze-Wessel, Martin (Hg.): Opfernarrative. Konkurrenzen und Deutungskämpfe in Deutschland und im östlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. München 2012 (im Erscheinen).

Links hinten der namensgebende Tower (Bildarchiv JBS Obershleißheim)

JBS Oberschleißheim (Bildarchiv JBS Oberschleißheim)

ÜBERBLICK ZUR MUSEALISIERUNG DER THEMEN FLUCHT, VERTREIBUNG UND INTEGRATION. GESCHICHTSDIDAKTISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUM „HISTORISCHEN LERNORT“ OBERSCHLEISSHEIM

TIM VÖLKERING

Wie wurden die Themen Flucht, Vertreibung und Integration in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik in historischen Museen und Ausstellungen vergegenwärtigt? Zur Beantwortung dieser Frage sollen in diesem Beitrag zunächst einige institutionelle Entwicklungen skizziert werden, d.h. es werden drei Phasen der Musealisierung vorgestellt und anhand einiger ausgewählter Beispiele paradigmatische Ausstellungskonzeptionen erläutert.[33] In einem zweiten Teil werden einige geschichtsdidaktische Überlegungen zur Diskussion gestellt, die dienlich sein könnten für eine mögliche historisch-politische Bildungsarbeit hier in Oberschleißheim.

Drei Phasen der Musealisierung

Für die letzten 60 Jahre lassen sich drei Phasen der Musealisierung konstatieren, die von unterschiedlichen Akteuren vorangetrieben wurden und in verschiedene kulturpolitische Kontexte einzubetten sind. Ihre Ergebnisse existieren heute gleichzeitig nebeneinander.

Die erste Phase der Musealisierung: Ostdeutsche Heimatecken, Heimatstuben, Heimatsammlungen und Heimatmuseen[34]

Bereits seit den 1950er und 1960er Jahren wurden Erinnerungsstücke aus der alten Heimat in Heimatecken und Heimatstuben ausgestellt, die von Landsmannschaften oder privaten Personenkreisen eingerichtet worden waren und die im Rahmen von Patenschaften durch Länder, Landschaftsverbände oder Kommunen aufgrund des Kulturparagrafen des Bundesvertriebenengesetztes unterstützt wurden. Zu Beginn waren diese Orte

---

[33] Das Vorgestellte stützt sich auf die Analysen des Dissertationsprojektes des Verfassers. Für erste Ergebnisse siehe auch Völkering, Tim: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration. Analysen zur Debatte um einen neuen musealen Gedenkort und zu historischen Ausstellungen seit 1950, in: Fendl, Elisabeth (Hrsg.): Zur Ästhetik des Verlusts. Bilder von Heimat, Flucht und Vertreibung, Münster 2010, S. 71-124.

[34] Es ist darauf hinzuweisen, dass für die Entstehung der Heimatstuben ebenfalls drei Gründungswellen konstatiert werden können: erstens die 1950er Jahre, zweitens die 1970er Jahre und drittens die späten 1980er und frühen 1990er Jahre. Vgl. Schütze, Manuela: Zur musealen Aneignung verlorener Heimat in ostdeutschen Heimatstuben, in: Dröge, Kurt (Hrsg.): Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte. Beiträge zur Volkskunde der Deutschen im und aus dem östlichen Europa, München 1995, S. 95-111, hier S. 96 f.

Stätten der Versammlung, der Begegnung und des Gedankenaustauschs der Betroffenen gewesen, in denen sie sich an die alte Heimat erinnerten und ihre Brauchtümer fortsetzen konnten. Hier vergewisserten sie sich ihrer Identität. Der „neuen“ Heimatumgebung konnten zudem die eigenen kulturellen Wurzeln veranschaulicht werden: So genügte „ein ‚großer Raum’“, der „mit den Emblemen der Heimat geschmückt“ wurde, „die Wände wurden mit Motiven aus ostdeutschen und aus auslandsdeutschen Gebieten geziert, in Glasvitrinen wurden Gedenkstücke zur Schau gestellt. Hier und da gelang die Einrichtung einer Bibliothek mit Heimatschrifttum, und es wurden ‚Leseecken’ eingerichtet, in denen man Bildbände oder Fotoalben betrachten konnte.“[35]

Erst später wurden diese Begegnungsstätten – auch durch eine Verstärkung der Sammeltätigkeit – zu kleinen „Museen“, in denen die Anschauungsstücke ausdrücklich für die Nachwelt erhalten werden sollten. Wenngleich die ausgestellten Objekte unmittelbar die Kultur und das Erbe der alten Heimat symbolisieren und würdigen sollten, konnte jedes Objekt indirekt auch auf das Ereignis verweisen, das es an diesen neuen Ort gebracht hatte. Ostdeutschen Heimatsammlungen haftete daher auch stets eine Funktion des Mahnens an, wie die Volkskundlerin Elisabeth Fendl herausstellt.[36] In den 1970er und 1980er Jahren wurden nicht nur neue Heimatstuben gegründet, vielerorts tauchten in den Sammlungen auch Objekte auf, die als Semiophoren (als Bedeutungsträger)[37] direkt die Ereignisse von Flucht, Vertreibung und Integration vergegenwärtigten.

Bis 1990 existierten auf dem Gebiet der Bundesrepublik mindestens 400 kleinere und größere Sammlungen (proto-)musealen Charakters. Die meisten existieren bis heute: z.B. das Egerlandmuseum in Marktredwitz oder das Haus der Hansestadt Danzig in Lübeck. Auch die Heimatsammlung der Ost-West-Preußen-Stiftung in Oberschleißheim gehört dazu.[38]

---

[35] Hermanowski, Georg: Heimatstuben und Heimatmuseen. Versuch einer kritischen Bilanz, in: Der gemeinsame Weg 28 (1982), S. 25-28, hier S. 25.

[36] Vgl. Fendl, Elisabeth: Deponien der Erinnerung – Orte der Selbstbestimmung. Zur Bedeutung und Funktion der Egerländer Heimatstuben, in: Heller, Hartmut (Hrsg.): Neue Heimat Deutschland. Aspekte der Zuwanderung, Akkulturation und emotionalen Bindung, Erlangen 2002, S. 63-78, hier S. 65 und 69.

[37] Der Museologe Krzysztof Pomian charakterisiert Museumsobjekte als Semiophoren, also als „Träger vielfältiger Informationen“, „Zeichen mit Symbolcharakter“ oder „Zeichenträger“. Vgl. Pomian, Krzysztof: Museum und kulturelles Erbe, in: Korff, Gottfried/ Roth, Martin (Hrsg.): Das historische Museum. Labor, Schaubühne, Identitätsfabrik, Frankfurt am Main 1990, S. 41-64.

[38] Vgl. auch ein Forschungsprojekt von Cornelia Eisler, das alle heute noch existierenden ostdeutschen Heimatstuben, Heimatsammlungen und Heimatmuseen erfasst unter www.bkge.de/heimatsammlungen (letzter Zugriff: 27.11.2011).

Die zweite Phase der Musealisierung: Die Einrichtung ostdeutscher Landmuseen

Die zweite Phase der Musealisierung setzte in den 1970er Jahren ein: Unter anderem aus der Einsicht, dass die vielen ehrenamtlichen Helfer der so genannten „Erlebnisgeneration“ diese ersten protomusealen Institutionen auf lange Sicht nicht würden aufrecht erhalten können, begann damals eine kulturpolitische Debatte darüber, wie das dingliche Kulturgut professionell gesammelt, bewahrt, erforscht, ausgestellt und vermittelt werden könnte. Das entscheidende Ergebnis war eine „Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit“ des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 1982, in deren Folge mehrere dezentrale, landsmannschaftsbezogene, ostdeutsche Landesmuseen geschaffen wurden. Diese bekamen den Auftrag, „die großen Kulturlandschaften des deutschen Ostens umfassend“ zu präsentieren.[39] Zurzeit werden von Bund, Ländern und Kommunen sechs Museen gefördert: Dies sind das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, das Westpreußische Landesmuseum in Münster, das Pommersche Landesmuseum in Greifswald, das Schlesische Museum zu Görlitz, das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm und das Siebenbürgische Museum in Gundelsheim. Mit dem Sudetendeutschen Museum in München ist ein weiteres Haus in Planung. Der thematische Schwerpunkt aller Häuser ist die Kulturgeschichte (also z.B. Politik, Landwirtschaft, Technik, Industrie, Handwerk, Kunst und Brauchtum). Die zeitgeschichtlichen Ereignisse von Flucht, Vertreibung und Integration spielen in diesen Häusern allerdings eine nicht unwichtige Rolle.

Die dritte Phase der Musealisierung: Eine zentrale Gedenkstätte in Berlin

Die dritte Phase begann mit der Gründung der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“. So forderte der Bund der Vertriebenen seit Ende der 1990er Jahre, dass diese seine Stiftung von der Bundesregierung als zentrale Gedenkstätte in Berlin institutionell gefördert werden möge. Ein Ergebnis der nachfolgenden Debatte, die auch hohe Wellen in den osteuropäischen Nachbarländern schlug, war die im Jahr 2008 vom Deutschen Bundestag gegründete „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, die unlängst ihre Arbeit

[39] Vgl. die Bundestagsdrucksache 9/1589 vom 22.04.1982, S. 20f.

aufgenommen hat und dabei ist, im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof in Berlin eine museale Gedenkstätte aufzubauen.[40]

Die stets angeführte Argumentation der Befürworter, dass es keinen Ort gebe, an dem die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa aufgearbeitet, der Opfer von Flucht und Vertreibung gedacht und die Integrationsleistung gewürdigt werde, hat Stephan Scholz bereits richtigerweise als absurd enttarnt (siehe dessen Beiträge in diesem Heft).

FLUCHT, VERTREIBUNG UND INTEGRATION IN HISTORISCHEN SONDER- UND WANDERAUSSTELLUNGEN

Die Themen Flucht, Vertreibung und Integration wurden in den letzten Jahrzehnten auch von verschiedenen Institutionen und Organisationen in Sonder- und Wanderausstellungen vergegenwärtigt, darunter Landes-, Kreis- und Stadtmuseen, Volkshochschulen, staatliche Archive, Landsmannschaften oder andere private Organisationen. Die konzeptionellen Ansätze waren und sind genau wie die institutionellen Träger sehr unterschiedlich. Einige stellten in revanchistischer Manier den Verlust der Heimat in den Vordergrund oder beklagten deutsche Opfer, ohne dabei den ursächlichen Kontext des nationalsozialistischen Angriffs- und Vernichtungskrieges zu beachten. Andere hatten eine versöhnende bzw. verständigungsorientierte Tendenz, auch weil Institutionen aus verschiedenen Ländern miteinander kooperierten. Wiederum andere stellten Aspekte des Integrationsverlaufs in den Mittelpunkt. Die Unterschiedlichkeit der Konzepte sei mit einigen ausgewählten Beispielen erläutert:

So wurde in den Jahren 1950 und 1951 in Berlin und fünf westdeutschen Städten eine Wanderausstellung gezeigt, die unter anderem von der damaligen Bundesregierung gefördert wurde. Sie trug den Titel „Deutsche Heimat im Osten“. Liest man die Einleitungsworte des Kataloges, wird man schnell gewahr, dass Denken und Sprache der Kuratoren nicht nur revisionistisch ausgerichtet, sondern auch in der völkisch-nationalistischen Ideologie der Vorjahre verhaftet waren. So heißt es über die Vertreibungsgebiete:

---

[40] Zur Debatte um die Ausrichtung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ siehe Völkering, Tim: „Flucht und Vertreibung ausstellen – aber wie? Konzepte für die Dauerausstellung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in der Diskussion“, herausgegeben vom Archiv der sozialen Demokratie in der Reihe „Gesprächskreis Geschichte“, siehe http://library.fes.de/pdf-files/historiker/08864.pdf (letzter Zugriff: 27.11.2011).

„Und [so] zeigt es sich, dass dieses Land deutsch ist, seit der Pflug des deutschen Bauern es in Ackerland verwandelt, seit das Wort Gottes in deutscher Sprache in Klöstern und Kirchen verkündet wurde, seit deutsches Recht das Leben seiner Bewohner regelte, seit abendländische Kultur und Gesittung hier Geltung gewannen und zu hoher Blüte gelangten. Dies alles geschah auf einem unentwickelten, nahezu geschichtslosen Boden, gewiss nicht überall ohne Beeinträchtigung von fremden Rechten und im Ringen mit anderen Kräften, wie es der Ablauf geschichtlicher Vorgänge in sich schließt, aber doch immer auf Grund einer besseren Legitimierung als der nackten Gewalt, wie sie heute gegen die Deutschen zur Anwendung kommt. Die Welt weiß, dass die gegenwärtige Lösung keine Lösung ist, die dauern kann. […] In der Tat, nur eine europäische Lösung kann das Ziel sein. Sie wird nicht schwer zu finden sein, wenn nur die europäische, die abendländische Aufgabe erkannt wird, wie sie durch die Geschichte vorgezeichnet ist: Als die Deutschen des 11., 12. und 13. Jahrhunderts und schon früher sich anschickten, das durch viele Generationen von ihren germanischen Vorfahren bewohnte Land östlich der Elbe und Oder bis hinein in den Weichselbogen wieder in ihre Siedlungsgebiete einzubeziehen – da taten sie es zwar als Deutsche, aber sie taten es zugleich im Auftrage des werdenden und sich festigenden Abendlandes, an dessen offener Ostflanke die Deutschen die Schildträger waren – und noch heute sind und morgen sein werden. Der deutsche Osten hat damit seit je und von Anbeginn an in einem besonderen Sinne eine europäische Komponente gehabt. Er hat sie auch heute.“[41]

Als Ursache für die Vertreibungen und den Verlust der Heimat wurden allgemein der „Schrecken des Krieges“ und sehr nebulös-personalisierend die „Abenteuer Hitlers“ genannt.[42] Dass das Deutsche Reich diesen Krieg selbst vom Zaun gebrochen hatte, dass sich viele deutsche Staatsbürger aktiv daran beteiligt haben, wurde mit keiner Silbe erwähnt. Stattdessen wurde gemäß der Diktion des Kalten Krieges der „Bolschewismus“ für den Gebiets- und Heimatverlust verantwortlich gemacht.[43] In einem so genannten „Ehrenraum“, in dessen Mitte ein acht Meter hoher Glockenturm stand und in dem auf einer großen Tafel ein Gedicht Ernst Wiecherts („Die Ausgewiesenen“) zu lesen sowie eine Skulptur von Käthe Kollwitz („Klage“) zu betrachten war, sollte den

---

[41] Pagel, Karl (Hrsg.): Deutsche Heimat im Osten, Berlin 1951, S. 5 f.

[42] Siehe Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen/ Magistrat von Gross-Berlin (Hrsg.): Deutsche Heimat im Osten. Begleitheft zur Ausstellung in den Messehallen am Funkturm, 24. November bis 17. Dezember Berlin 1950. Veranstaltet vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und vom Magistrat von Gross-Berlin, Berlin 1950, die Zitate auf S. 5 und 78.

[43] Vgl. ebd., S. 80 oder auch Pagel, Karl (Hrsg.): Deutsche Heimat im Osten, Berlin 1951, S. 6.

Ausstellungsbesuchern vermutlich Anlass und Möglichkeit zu Besinnung, Trauer, Klage und Totengedenken gegeben werden.

Im Jahr 1966 startete unter dem Titel „Leistung und Schicksal - Informationsschau über die Deutschen im Osten“ eine stark rezipierte Wanderausstellung, welche vom Düsseldorfer „Haus des Deutschen Ostens“ initiiert und bis in die 1980er Jahre an mehr als 60 Orten gezeigt wurde. Sie beschäftigte sich vor allem mit dem „kulturellen Erbe Ostdeutschlands“ und acht Jahrhunderten so genannter „deutscher Siedlungsgeschichte“. Doch kamen auch die Ereignisse von Flucht, Vertreibung und Integration ausführlich zur Sprache. So wurde das 20. Jahrhundert unter das Rubrum eines „Jahrhunderts der unfreiwilligen Völkerwanderungen“ gestellt. In der Ausstellung wurden durch Texte und didaktische Karten verschiedene Opfergruppen benannt, die seit 1900 und dann speziell nach 1939 ihre Heimat hatten verlassen müssen: zunächst Armenier, Griechen, Türken, Juden und Christen; dann „Volksdeutsche, Ungarn, Serben, Kroaten, Rumänen, Bulgaren, Griechen, Italiener, Balten, Polen, Ukrainer, Kaukasier, Wolgadeutsche, Deutsche, Tschechen, Slowaken und Juden“. Sie alle hätten aus verschiedenen Gründen gelitten: wegen Umsiedlung, Fremdarbeit, Verschleppung, Repatriierung, Flucht, Ausweisung oder Deportation.[44]

In dieser Ausstellung „Leistung und Schicksal“ wurden die Ostdeutschen somit als gleichberechtigter Teil einer universellen Opfer- und Schicksalsgemeinschaft von Heimatverlustigen und Vertriebenen konstruiert. Der nationalsozialistische Angriffs- und Vernichtungskrieg wurde in der Ausstellung ausgeklammert, dafür aber der widerständische Charakter vieler Ostdeutscher betont.

Ähnlich universalisierend operierte 40 Jahre später, im Jahr 2006, eine weitere Ausstellung, wenn auch mit anderer Ästhetik. Sie trug den Titel „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ und wurde ausgerichtet vom bereits erwähnten „Zentrum gegen Vertreibungen“. In ihr wurden 13 Fälle von „Heimatverlust“ präsentiert: „Der Völkermord an den Armeniern 1915/16“, „Der ‚Bevölkerungsaustausch’ von Griechen und Türken 1922/23“, „Die Vertreibung der Juden in Deutschland ab 1933: der Beginn des Holocaust“, „Zwangsumsiedlungen, Vertreibungen und Deportationen der Polen, der Ukrainer und im Baltikum 1939-1949“, „Die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs“, „Die

---

[44] Siehe den Ausstellungskatalog Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hrsg.): Leistung und Schicksal. Informationsschau, veränderte und überarbeitete Ausgabe, Troisdorf 1969, S. 33 f. Es existiert auch ein Ausstellungskatalog aus dem Jahr 1966, siehe Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hrsg.): Leistung und Schicksal. Informationsschau über die Deutschen im Osten, Troisdorf 1966.

Umsiedlung der finnischen Karelier 1939/40-1944“, „Die Vertreibung der Italiener am Ende des Zweiten Weltkriegs aus Jugoslawien“, „Der Zypern-Konflikt 1963/64 und 1974/1975“ und „Krieg und Vertreibung im ehemaligen Jugoslawien: Das Beispiel Bosnien und Herzegowina“.[45] Zwar war es u.a. die Absicht der Veranstalter, die unterschiedlichen historischen Kontexte dieser Fälle von Zwangsmigration aufzuzeigen, jedoch stand am Anfang der Ausstellung eine nivellierende These:

„Die Umsetzung der Idee eines ethnisch homogenen Nationalstaates ist eine der Hauptursachen für Vertreibungen ethnischer Gruppen und Minderheiten im 20. Jahrhundert. Rassismus und Antisemitismus waren neben dem Nationalismus weitere Antriebskräfte für Vertreibung und Vernichtung. Die Zahl der Opfer von Flucht und Vertreibung ist hoch. Historiker sprechen von 80 bis 100 Millionen Menschen.“[46]

Zwar bemühten sich die Kuratoren von „Erzwungene Wege“ in ihren Ausstellungsbegleittexten, die jeweiligen Ursachen differenziert darzustellen.[47] Doch wurde dieser vergleichende, Unterschiede herausarbeitende Ansatz durch die Ausstellungsästhetik konterkariert. Denn die Gestaltung brachte eine nivellierende Opferperspektive in dem Sinne zum Ausdruck, dass Vertreibungen als gemeinsame gesamteuropäische Erfahrung wahrgenommen und gedeutet werden mögen: So war der Boden eines Ausstellungsraumes bedeckt mit einer schwarz-weißen Europakarte ohne Grenzlinien, die sich an den Wänden des Raumes fortsetzte. Ein Lese- und Vitrinenfries, der in die Wand eingelassen war, durchzog auf Augenhöhe den kompletten Raum. Die ausgewählten Fälle von „Heimatverlust“ wurden textlich, mit Karten, Fotos und einigen Objekten dokumentiert. Allen Beispielen war in etwa gleich viel Fläche auf dem Lesefries zugeteilt worden. In der Mitte des Raumes standen verteilt auf der schwarz-weißen Europakarte neun circa ein Kubikmeter große weiße Kuben, die als audiovisuelle Medienstationen fungierten und an denen Zeitzeugeninterviews von Angehörigen verschiedener nationaler Opfergruppen abrufbar waren, deren Leidens-Schilderungen die zentrale Botschaft der Exposition untermauerten, dass Vertreibungen einen Menschenrechtsbruch darstellen. Durch eine schwarz-weiße, Sachlichkeit ausstrahlende Farbgebung und die vereinheitlichende, fast schon monotone Gestaltung schienen die Grenzen des Leidens in dieser Ausstellung zu verwischen und sich in einem gesamteuropäischen Erfahrungspool zu sammeln. Ein Problem an der

---

[45] Siehe Zentrum gegen Vertreibungen (Hrsg.): Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts. Ausstellungskatalog, Berlin 2006.

[46] Ebd., S.22.

[47] Die Ausstellungsbegleittexte sind im Katalog (ebd.) dokumentiert.

Ausstellung „Erzwungene Wege“ war also, dass – statt Unterschiede sichtbar und deutlich herauszuarbeiten – durch die gleichmachende Ästhetik eine Gleichheit der historischen Ursachen der doch sehr verschiedenen Zwangsmigrationen suggeriert wurde. Diese vermeintliche Gleichheit wurde auch dadurch gestützt, dass der deutsche, geschichtspolitisch belastete Begriff „Flucht und Vertreibung“ unterschiedslos auf die anderen europäischen Fälle von Zwangsmigration übertragen wurde.

Zeitgleich lief eine weitere Ausstellung, die wie „Erzwungene Wege“ ebenfalls sehr kontrovers in den Medien besprochen wurde. Gemeint ist die vom Bonner Haus der Geschichte ausgerichtete Exposition „Flucht, Vertreibung, Integration“. Diese Schau operierte erlebnisorientiert und bediente sich vieler audiovisueller Medien. Konstitutiv waren biografische Bezüge, d.h. dass ein Ausstellungsbesucher während seines Ausstellungsrundganges an entsprechenden Medienstationen den Lebensweg einer konkreten Flüchtlings- und Vertriebenenbiografie nachvollziehen konnte: von der Flucht bzw. Vertreibung, über die Ankunft im Flüchtlingslager, den Neuanfang in der neuen Heimat bis hin zum späteren Umgang mit der Erinnerung. Dieses Prinzip des „erlebnisorientierten Nachvollzugs“ lässt sich anhand einer kurzen Beschreibung eines Teils des Ausstellungsrundgangs festmachen: Zunächst trat man als Besucher durch einen schwarzen Tunnel, der mit Fotos ausgekleidet war, die den deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg und die Besatzungsherrschaft in Osteuropa aufzeigen sollten. Damit sollte den Besuchern deutlich gemacht werden, „dass die nationalsozialistische Eroberungspolitik, dass die gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen, die von Deutschland während des Zweiten Weltkrieges intendiert und zum Teil auch begonnen wurden, gleichsam das Vorspiel waren für Entwurzelung von Millionen von Deutschen östlich von Oder und Neiße“.[48] Dann folgte ein Korridor, in dem auf der linken Seite spontane Fluchtbewegungen und Evakuierungsmaßnahmen des Winters 1944/1945 in Wort, Bild und Objekt dargestellt wurden. Auf der rechten Seite wurden dagegen die organisierten Vertreibungen der Nachkriegszeit präsentiert. Hier wurde die Darstellung nicht mehr vom Treck, sondern vom Transportmittel Eisenbahnwaggon dominiert. Am Ende dieses „Korridors des Leidens“ stand dann eine originale Flüchtlingshütte, deren Inneres mit entsprechenden Objekten realitätsnah inszeniert wurde und die gleichzeitig den Auftakt bildete für eine ausführliche Darstellung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Integration im Nachkriegsdeutschland.

---

[48] Schäfer, Hermann: Zur Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung, Bonn 2005, S. 7-13, hier S. 10.

Das gestalterische Mittel der Inszenierung findet sich auch in einer Ausstellung aus dem Jahr 1985, die im Westpreußischen Landesmuseum zu Münster-Wolbeck unter dem Titel „Vor 40 Jahren - Flucht und Vertreibung - Teilung Deutschlands“ gezeigt wurde.[49] Die Kuratoren versuchten, die Atmosphäre der Flucht im Zusammenspiel von Modellen und Fotos wirkungsvoll zu veranschaulichen: So wurden in einer Vitrine zwei Miniatur-Modelle von Treck- und Pferdewagen gezeigt, platziert auf künstlichem Schneepulver. Die weißen Wände der Vitrine waren ausgekleidet mit großformatigen Fotos, die verschiedene winterliche Fluchtszenen zeigten: Ein Foto stellte eine Gruppe von Flüchtlingen dar, die die Spitze eines Trecks bildete, der sich in der Bilddiagonale bis zum Horizont zog. Ein anderes Foto zeigte aus Schnee und Eis herausragende Überreste eines Fluchtwagens, ein weiteres die Überreste eines Treckwagens am Ostsee-Strand. Mittels einer anderen Inszenierung wurden ein männlicher und ein weiblicher Flüchtling in Lebensgröße nachgestellt, indem zwei Schaufensterpuppen in Winterkleidung gehüllt und mit einem Rodelschlitten ausgestattet wurden, der mit Gepäckstücken beladen war. Postiert vor einem großformatigen Foto wurden sie quasi in einen Flüchtlingsstrom eingereiht, der durch eine kalte, winterliche Landschaft zieht.

In dieser Ausstellung von 1985 finden sich im Übrigen die typischen Objekte, die immer wieder in einer Ausstellung über Flucht und Vertreibung auftauchen: Koffer, Rucksäcke, Leiterwagen, Schlüssel, Ausweisungsbescheide oder Armbinden. Im Jahr 2005 wurde in der Exposition „Aufbau West - Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder“ sogar ein Güterwaggon ausgestellt und von den museumspädagogischen Mitarbeitern handlungsorientiert genutzt: Besuchergruppen, besonders Schulklassen, konnten / sollten / durften die räumliche Enge und Beschwerlichkeit des Transports „erfahren“.[50]

Einen ganz anderen konzeptionellen Ansatz wählte hingegen die Kuratoren der Wanderausstellung „hier geblieben – Zuwanderung und Integration in Niedersachsen 1945 bis heute“ im Jahr 2002. Hier standen nicht die Ereignisse von Flucht und Vertreibung im Vordergrund, sondern Prozesse der Integration im Land Niedersachsen. Das Besondere und didaktisch Interessante an dieser migrationshistorischen Ausstellung war, dass die Integrationsprobleme der Heimatvertriebenen mit denen anderer

---

[49] Siehe den Ausstellungskatalog: Westpreußisches Landesmuseum (Hrsg.)/ Schuch, Hans-Jürgen (Red.): Vor 40 Jahren. Flucht und Vertreibung. Teilung Deutschlands, Osnabrück 1985.

[50] Siehe den Ausstellungskatalog: Kift, Dagmar (Hrsg.): Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder, Essen 2005.

Zuwanderergruppen der Nachkriegszeit verglichen wurden: mit den Gastarbeitern, den Spätaussiedlern und den Asylsuchenden unserer Tage.[51]

GESCHICHTSDIDAKTISCHE POTENTIALE UND PERSPEKTIVEN DES „HISTORISCHEN LERNORTES“ OBERSCHLEISSHEIM

Abschließend sollen die geschichtsdidaktischen Potentiale der Thematik „Flucht, Vertreibung und Integration“ betrachtet werden. Weil sich das Denkmalsareal in Oberschleißheim inklusive der Heimatsammlung als ein Ort historischen Lernens begreifen lässt, sollen auch einige spezielle Überlegungen zu hier möglichen Perspektiven historischen Lernens skizziert werden.

Nach heutigem geschichtsdidaktischen Verständnis heißt „historisches Lernen“ nicht, dass die sich mit Geschichte Beschäftigenden lediglich Zahlen, Daten und Fakten auswendig zu lernen haben. Das heutige Verständnis von „historischem Lernen“ leitet sich aus der Einsicht ab, dass der klassische Ort historischer Bildung, der schulische Geschichtsunterricht, nicht die erste Sozialisationsinstanz ist, durch die ein Mensch mit Geschichte in Berührung kommt. Wir sind heute schon früh umgeben von einer Fülle von populären historischen Repräsentationen: sei es in Fernsehen und Kino, in Zeitschriften, in Museen, in Romanen, in Spielen, auf Mittelaltermärkten, in Denkmälern, in politischen Reden oder – ganz besonders – in Familientraditionen. Historische Deutungen und Narrative werden zumeist unbewusst und unkritisch aufgenommen. Aufgabe angeleiteter historisch-politischer Bildungsprozesse kann deshalb nicht allein die Wissensvermittlung sein, sondern vor allem die Vermittlung von Analyse-, Deutungs- und Interpretationskompetenzen. „Historisches Lernen“ heißt also einerseits, sich Fähigkeiten für einen kritischen Umgang mit den in einer Gesellschaft präsenten Geschichtsmedien und -narrativen anzueignen.

Andererseits geht es beim „historischen Lernen“ darum, einen reflektierten Umgang mit den eigenen mentalen Geschichtsbildern und Geschichtsvorstellungen zu entwickeln. In der Geschichtsdidaktik wird dieses Ziel mit dem Begriff des „reflexiven Geschichtsbewusstseins“ beschrieben. Das heißt: Der „historisch Lernende“ soll sich der sozialen Bedingtheit und den kulturellen Einflüssen seiner Geschichtsbilder bewusst werden: Er soll erkennen, aus welchen Quellen sich sein Wissen speist. Er soll erkennen,

---

[51] Landeshauptstadt Hannover - Der Oberbürgermeister/ Historisches Museum Hannover (Hrsg.)/ Urban, Andreas/ Winkler, Marianne (Red.): hier geblieben. Zuwanderung und Integration in Niedersachsen 1945 bis heute. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung, Hannover 2002.

welchen Einfluss Identität und Emotionen auf seine Vorstellungen von der Geschichte haben. Letztlich soll der historische Lernprozess zu der Einsicht führen, dass die Geschichte ein Konstrukt ist, dessen politische und kulturelle Implikationen es zu dechiffrieren gilt. Dieses Ziel zu erreichen, gelingt am besten dann, wenn sich Individuen über ihre Geschichtsbilder bzw. Geschichtsvorstellungen austauschen.

Wie könnten diese allgemeinen Überlegungen nun auf die Themen Flucht, Vertreibung und Integration übertragen werden? Zumal in einer Bildungsstätte, in der vor allem Jugendgruppen aus verschiedenen Ländern zusammen kommen? Didaktische Entscheidungen sollten sich stets an der Zielgruppe ausrichten. Leider gibt es jedoch bisher keine empirischen Studien, die repräsentativ beschreiben, welchen Bezug heutige Jugendliche zum Thema Flucht, Vertreibung und Integration der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg haben: Was wissen sie darüber? Zeigen bzw. haben Jugendliche an diesem Thema überhaupt Interesse? Spielt es für ihre Identität eine große Rolle? Zu vermuten ist jedenfalls, dass Jugendliche mit dem Thema „Flucht und Vertreibung“ über diverse Medien in Kontakt kommen. Vielleicht haben sie sich irgendwann einmal 45 Minuten im Geschichtsunterricht damit beschäftigen können. Bei manchen wird das Thema in Familienerzählungen präsent sein, weil die Großeltern von Schlesien oder Ostpreußen erzählten.

Würde man Jugendliche in Deutschland nach den Kontexten, Hintergründen und Ursachen für die Vertreibung der Deutschen fragen, würden sie möglicherweise – so ist zu vermuten – populäre Erklärungsmuster wiedergeben, die im deutschen Erinnerungskurs präsent sind[52] – zum Beispiel: Die Alliierten hätten die Vertreibung aus Vergeltung beschlossen und mit den deutschen Kriegsverbrechen begründet.
Die Osteuropäer hätten sich aufgrund der deutschen Besatzungsherrschaft rächen wollen. Eine panslawistische Bewegung mit dem tschechoslowakischen Politiker Edvard Beneš an der Spitze hätte am Ende des Zweiten Weltkriegs die Chance genutzt, Pläne der Vertreibung der Deutschen umzusetzen, die seit dem 19. Jahrhundert existierten. (Dies wurde übrigens in der erwähnten Ausstellung von 1985 behauptet.)
Oder: Die Vertreibung der Deutschen sei – diese Deutung legte z.B. die Ausstellung „Erzwungene Wege“ nahe – nur ein weiteres Beispiel von vielen in der Kette der „ethnischen Homogenisierungsmaßnahmen“ im Europa des 20. Jahrhunderts gewesen. Auf die historisch wahrscheinlichen Ursachen und Motive für die Vertreibung ist Stephan Scholz in seinem ersten Beitrag bereits eingegangen.

---

[52] Vgl. dazu Hahn, Eva/ Hahn, Hans Henning: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte, Paderborn 2010, besonders S. 78 ff.

Würde man Jugendliche aus Polen, Tschechien oder einem anderen Land, einer Region oder einer Stadt befragen, würde man – hier greift das Gesetz der sozialen Bedingtheit mentaler Geschichtsbilder – wahrscheinlich noch ganz andere Erklärungsmuster und Erzählfiguren zur Antwort bekommen.

Wenn man historisch-politische Bildungsprogramme zum Thema „Flucht und Vertreibung“ durchführt, dann sollte in diesen über solch präsente Erklärungsmuster und Geschichtsbilder gesprochen und debattiert werden. Ich denke, dass das auch für etwaige zukünftige Programme rund um das Denkmalsareal in Oberschleißheim inklusive Heimatsammlung gelten sollte. Oberschleißheim ist kein Ort, an dem sich die Ereignisse von Flucht und Vertreibung abgespielt haben, sondern ein Ort, an dem hochgradig politisiertes Gedenken stattgefunden hat. Wenn hier bei Jugendlichen der Prozess „historischen Lernens“ angebahnt werden soll, dann sollte man die Erinnerung an die Ereignisse und die Gedenkkultur des Ortes zum Thema des Bildungsprogramms machen. Lernende sollten an diesem „Denk-Ort“ über den gesellschaftlichen und individuellen Umgang mit Geschichte nachdenken und kritisch reflektieren.[53] Praktisch könnte dies so aussehen, dass man für die Zielgruppen historische Workshop-Einheiten konzipiert, die den „historisch Lernenden“ die Möglichkeit geben, sich mit der Geschichtskultur vor Ort bzw. Medien und Narrativen auseinanderzusetzen. Offensichtlich sind die in Oberschleißheim stattfindenden Jugendbegegnungen und Bildungsprogramme mehrtätig angelegt; das heißt, dass man die Angebote so gestalten könnte, dass die Jugendlichen durch entdeckendes Lernen, eigenständiges Forschen und kreatives Arbeiten über einen längeren Zeitraum zu einer individuellen und gemeinsamen Beschäftigung angeregt werden können. Zwar könnte der intensive Austausch und das Gespräch über nationale und lokale, über milieu- und familienbedingte oder über individuelle Geschichtsbilder gerade auch in internationalen Jugendgruppen konfliktreich verlaufen, doch böten sich hier sehr gute Chancen im Sinne einer Verständigung und eines gegenseitigen Verstehens. Konkret könnten die Workshop-Einheiten thematisch wie folgt zugeschnitten sein:

Der faktischen Ereignisgeschichte könnte sich angenähert werden, indem die Geschichtsvorstellungen der Jugendlichen gesammelt und mit anderen

---

[53] Das Ziel sollte nicht sein, dass Jugendliche hier in rein positivistischer Manier die Ereignisse von Flucht und Vertreibung rekonstruieren. Es sollte auch nicht das Ziel sein, hier ausschließlich in pietätvoller Absicht der Toten zu gedenken und affektiv eine Opferrolle der Flüchtlinge und Vertriebenen nachzuvollziehen (wie dies von manchen Kuratoren der beschriebenen Ausstellungen intendiert ist). Überdies sollte es auch nicht das ausschließliche Ziel sein, die moralische Einsicht aus der Geschichte zu gewinnen, dass Vertreibung ein Verstoß gegen die Menschenrechte darstellt und für Gegenwart und Zukunft geächtet gehört.

Darstellungsmedien und -narrativen (also Quellentexten, Bildern, Filmen, politischen Reden, Zeitungsartikeln) konfrontiert werden. Ziel muss es dabei sein, durch Informationsgabe und Vergleiche mindestens ein Problembewusstsein für die Unterschiedlichkeit von Geschichtsbildern zu schaffen bzw. zu einem differenzierten Urteil über sie zu gelangen.

Beispielsweise könnte die exemplarische Analyse einer Rede, welche die bayerische Staatsministerin Christa Stewens am 8. Mai 2002 hier am Mahnmal in Oberschleißheim hielt, in dieser Hinsicht sehr aufschlussreich sein, um politisch motivierte Geschichtsbilder kritisch zu überprüfen.[54] Auch andere, von Stephan Scholz erwähnte Beiträge aus Politik und Medien, die sich auf das Gedenkstättenareal beziehen, böten sich zur Analyse an. In international und multikulturell zusammengesetzten Jugendgruppen würde ein solches Vorgehen möglicherweise schnell zu einem fruchtbaren Austausch über Stereotype und Vorurteile führen.

Der authentische Erinnerungsort Oberschleißheim bietet die Möglichkeit, sich mit „Denkmälern als Medien der Geschichtskultur“ auseinanderzusetzen. Denkmäler gibt es in jeder Stadt, doch nur wenige Bürger beschäftigen sich mit ihnen bewusst. Das gilt wohl auch für Jugendliche. Die exemplarische Analyse des Denkmalsareals (d.h. die kritische Beschäftigung mit der Entstehung, mit den Akteuren und ihren Motiven, mit den alljährlichen Ritualen und mit der Ästhetik), ein Vergleich mit anderen Denkmälern sowie kreative Eigenentwürfe und Reflexion darüber könnten manchen Workshopteilnehmern – im wahrsten Sinne des Wortes – die Augen für das Medium „Denkmal“ öffnen und in der Folge kulturelle Teilhabe ermöglichen.

Ein Beispiel für das kreative und reflexive Element dieser Workshop-Einheit: Man stelle gemischt deutsch-polnischen Jugendgruppen am Ende einer exemplarischen Denkmalsanalyse die Transfer-Aufgabe, ein beliebiges Denkmal zur deutsch-polnischen oder europäischen Geschichte zu entwerfen. Erstens wird das gemeinsame Verhandeln über die „richtigen“ Themen und Formensprachen zu einem Austausch und zur Reflexion der Geschichtsbilder führen. Und zweitens werden auch das gegenseitige Präsentieren der Gruppenergebnisse und der Vergleich unter den Gruppen zu spannenden Debatten führen.

---

[54] Stewens tradierte hier z.B. den Mythos der „sauberen Wehrmacht“ bzw. der Wehrmacht als „Retter der Flüchtlinge“ sowie verschiedene fragwürdige Erklärungsfiguren bezüglich „Flucht und Vertreibung“, siehe ein entsprechendes Redemanuskript mit dem Titel „Gedenkstunde zum 8. Mai 1945“ vom 8.05.2002, abzurufen unter www.stewens.de (letzter Zugriff: 28.11.2011).

Ähnlich wie den Workshop zu Denkmälern könnte man eine Einheit für museale Repräsentationen konzipieren. Man könnte Jugendliche zunächst die Heimatsammlung der Ost-Westpreußen-Stiftung unter die Lupe nehmen und Antworten auf die Frage finden lassen, warum solche Einrichtungen überhaupt entstehen, wie sie aufgebaut sind und wie sie wirken. Hier böten sich auch (ähnlich wie bei der Analyse des Denkmals) kritische Gespräche mit Zeitzeugen der Gedenkkultur an.

Sicherlich ließe sich bei den „historisch Lernenden“ auch anregen, selbst kreative Vorschläge zur Umwandlung oder Ergänzung der Oberschleißheimer Heimatsammlung zu machen. Gerade Aspekte der Integration könnten hier als „Schlüsselprobleme“ im Mittelpunkt stehen, die auch die Jugendlichen in ihrer eigenen Lebenswelt betreffen. Die „historisch Lernenden“ könnten sich bei ihren Entwürfen an migrationsgeschichtlichen Ausstellungen orientieren, wie sie z.B. in Niedersachsen im Jahr 2002 unter dem Titel „hier geblieben…“ (siehe oben) gelaufen sind.

Weitere Workshop-Einheiten, in denen Filme und TV-Dokumentationen,[55] Zeitungsartikel aus verschiedenen Ländern und unterschiedlicher politischer Couleur oder Schulbücher analysiert und verglichen werden, wären sicherlich auch noch denkbar.

„Weltdorf“ (Bildarchiv JBS Oberschleißheim)

[55] Für eine (vergleichende) Analyse des geschichtskulturellen Mediums Film böten sich beispielsweise folgende Produktionen an: „Die Flucht“ (2007) oder „Habermann“ (2010). Gerade ein Vergleich der beiden filmischen Darstellungen des Untergangs der Wilhelm Gustloff konnte zudem sehr lohnend sein: „Nacht fiel über Gotenhafen“ (1959) und die „Die Gustloff“ (2008).

DIE ENTWICKLUNGEN AM DENKMALSAREAL IN OBERSCHLEISSHEIM

BERNHARD SCHOSSIG

VORBEMERKUNG

Die folgende Darstellung ist eine nachträglich verschriftlichte Zusammenfassung eines Vortrages auf der Tagung in Oberschleißheim am 11./ 12. Januar 2011, bei dem ein Handout und die Zusammenfassung der Ergebnisse der Kommissionsarbeit vorlagen. In diese Darstellung gehen vor allem meine Informationen und Erfahrungen als Vorsitzender der Denkmalskommission im Jahre 2008 und als Berater des Kreisjugendringes München-Land bei der Vorbereitung der Arbeit der neuen Jugendbegegnungsstätte am Tower im Zeitraum 2009 bis Anfang 2010 ein.

DIE AUSGANGSSITUATION (2000 – 2003)

Anfang des neuen Jahrtausends sind es drei zunächst völlig unverbundene Anlässe und Entwicklungen, die in der Folge in dem Projekt eines (so der damalige Arbeitsbegriff) „Internationalen Jugendhauses der Verständigung“ münden. Zum einen gibt es einen Zeltplatz mit einem kleinen Selbstversorgerhaus des Kreisjugendringes München-Land in Oberschleißheim. Die Gemeinde Oberschleißheim möchte gerne dieses Grundstück zur Erweiterung der kommunalen Sportanlagen erwerben. Aus der Sicht des Kreisjugendringes genügt das bestehende Selbstversorgerhaus nicht mehr den Anforderungen, sodass auch auf dieser Seite eine Bereitschaft besteht, diesen Platz aufzugeben, wenn ein entsprechender Ersatz seitens des Landkreises – dem Eigentümer des Zeltplatzgeländes – zur Verfügung gestellt wird.

In Oberschleißheim besaß die Ost-Westpreußen-Stiftung e.V. (abgekürzt: OWS) – wohlgemerkt ein eingetragener Verein und eben keine Stiftung – ein Grundstück am Rande des Flughafengeländes, auf dem sich neben den vom Verein genutzten Gebäuden mehrere Denkmäler zu Flucht und Vertreibung, die ab 1984 dort errichtet worden waren, befanden. Dieser Verein geriet in etwa dem gleichen Zeitraum aufgrund verschiedener Umstände, unter anderem durch Wegfall bzw. Kürzung öffentlicher Fördermittel, in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Der damalige Landrat des Landkreises München, Heiner Janik, sah in dieser Konstellation eine Chance, sowohl das Zeltplatzproblem zu lösen als auch der Ost-Westpreußen-Stiftung e.V. aus der finanziellen Schieflage zu helfen. Nach entsprechenden Beschlüssen der zuständigen Gremien erwarb der Landkreis von dem Verein das Grundstück, um dort einen neues Selbstversorgerhaus mit angeschlossenem Zeltplatz

einzurichten. Der Verein wurde durch den Verkauf seines Grundstückes in die Lage versetzt, seine aufgelaufenen Verpflichtungen und Schulden abzutragen.

Dass dieses Projekt eines Selbstversorgerhauses und Zeltplatzes aber erheblich größer dimensioniert und mit einem zusätzlichen inhaltlichen Anspruch versehen wurde, hat seinen Grund darin, dass der Landkreis München seit Anfang der Neunziger Jahre Partnerschaften mit den beiden polnischen Landkreisen Krakau und Wieliczka unterhält, für die sich der Landrat sehr stark persönlich engagiert hatte. Deshalb sollte die neue Jugendeinrichtung in Oberschleißheim auch in besonderer Weise für internationale Jugendbegegnungen genutzt werden können, wobei damals besonders an die Begegnungen von deutschen und polnischen Jugendlichen aus den drei Partnerlandkreisen (Krakau, Wieliczka, München) gedacht wurde. Die oben erwähnte ursprüngliche Projektbezeichnung „Internationales Jugendhaus der Verständigung“ spiegelt diesen ambitionierten Ansatz wieder, der über eine „normale“ Jugendeinrichtung weit hinausreicht.

AUF DEM WEG ZU EINEM INTERNATIONALEN JUGENDHAUS DER VERSTÄNDIGUNG (2003 – 2007)

Zeitlich verschränkt mit dem Vorhaben des Landkreises, das Grundstück der OWS für Zwecke der Jugendarbeit zu erwerben, hatte der Kreisjugendring begonnen, konzeptionelle Überlegungen für die neue Einrichtung zu entwickeln, die in einer Rahmenkonzeption für den Betrieb des geplanten Hauses niedergelegt wurden und die zwischenzeitlich weiter aktualisiert und ausdifferenziert wurden. Auf Vorschlag des Landrates wurden zudem zwei Polinnen aus den beiden Partnerlandkreisen als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen des Kreisjugendringes eingestellt, die im Projektteam vom 1.4.2008 bis 30.9.2009 bzw. 30.4.2010 mitgearbeitet hatten. Damit sollte die internationale Dimension des Projektes und vor allem auch der besondere deutsch-polnische Aspekt des geplanten Hauses unterstrichen werden.

Seitens des Landkreises wurde ein Architektenwettbewerb europaweit ausgeschrieben. Im Dezember 2006 entschied sich das Preisgericht einstimmig für den Entwurf des Kasseler Architekturbüros „Atelier 30“, der bereits auch eine Um- bzw. Neugestaltung des Außenbereichs, insbesondere des Denkmalbereichs, vorsah.

Auch der Kreisjugendring als zukünftiger Hauptnutzer und die OWS als Mitnutzer des Geländes hatten sich zu diesem Zeitpunkt mit der Frage einer Gestaltung des Denkmalsbereiches befasst und hierzu am 12. Februar 2007 einvernehmlich ein Konzept zur Gestaltung des Denkmalbereiches vorgelegt.

BAUBEGINN UND INTENSIVIERUNG DER DENKMALSDISKUSSION (2008)

Bereits am 22. Februar 2008 erfolgte als Beginn des umfangreichen Bauprojektes der erste Spatenstich in Gegenwart zahlreicher Gäste, darunter vieler hochrangiger Vertreter der beiden polnischen Partnerlandkreise. Das Jahr 2008 war aber vor allem auch gekennzeichnet durch eine Intensivierung der Diskussion über die Neugestaltung des Denkmalbereiches. An dieser Stelle ist es notwendig, die Ausgangslage zu beschreiben. Der Landkreis München hatte im Kaufvertrag der OWS zugesichert, die auf dem Grundstück vorhandenen Denkmäler zu Flucht und Vertreibung zu erhalten. Relativ bald stellte sich heraus, dass, um das Grundstück sinnvoll bebauen zu können, der Denkmalsbereich auf einer Stelle des Grundstückes platziert werden musste. Hinzu kam, dass der Kreisjugendring München-Land als zukünftiger Hauptnutzer des Geländes Vorbehalte gegen Einzelelemente des Denkmalsbereiches hatte, die nach seiner Ansicht militaristische Konnotationen enthielten und die mit den in der Satzung des Bayerischen Jugendringes – der Kreisjugendring ist rechtlich ein unselbständiger Teil des Bayerischen Jugendringes – niedergelegten Grundorientierungen nicht vereinbar seien. Um die verschiedenen mit den Denkmälern verbundenen Probleme zu lösen, wurde durch den Landrat eine „Kommission zur Gestaltung des Denkmalbereiches auf dem Gelände des ‚Jugendhauses der Verständigung am Tower' " berufen. Der Kommission gehörten Fachleute verschiedener Disziplinen (Geschichte, Pädagogik, Soziologie, Sozialpädagogik, Politische Bildung) sowie Vertreter/innen der beteiligten Einrichtungen (OWS, KJR München-Land, Landratsamt) an. Eine erste Sitzung der zu diesem Zeitpunkt bereits berufenen Kommissionsmitglieder fand am 26. November 2007 statt, allerdings standen noch weitere Nominierungen aus, sodass die eigentliche Kommissionsarbeit erst am 31.1.2008 aufgenommen wurde. Die Kommission wählte aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden – den Verfasser dieses Beitrages – und einen stellvertretenden Vorsitzenden (OStD Rudolf Berg). Die Geschäftsführung der Kommission übernahm die damalige wissenschaftliche Projektmitarbeiterin des KJR, Frau Claudia Gorihs. Diese drei Personen bildeten das Steuerungsteam für die Kommissionsarbeit. Die Kommission hielt zwischen Januar und November 2008 mehrere Sitzungen ab und übermittelte ihren Abschlussbericht mit den Vorschlägen für eine Neugestaltung des Denkmalsbereiches Anfang Dezember 2008 der Landrätin. An dieser Stelle ist anzumerken, dass es im Zuge der Kommunalwahlen am 1. Mai 2008 zu einem Wechsel im Amt des Landrates gekommen war. Dieser Wechsel ließ auch die Weiterarbeit der Kommission nicht unbeeinflusst. Ein Gespräch über den Abschlussbericht zwischen der Landrätin als Auftraggeberin und der Kommission steht noch aus.

Die Kommission hatte sich für ihre Arbeit zum Ziel gesetzt „einen Vorschlag vorzulegen, der vom Landkreis München als Eigentümer des Geländes, vom Kreisjugendring München-Land als Träger der Jugendbegegnungsstätte und der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V. als Errichter und Nutzergruppe des Denkmalbereichs getragen werden kann“, „den Denkmalbereich so zu gestalten, dass er auch jüngeren Generationen einen Zugang eröffnet und als Anstoß für historisch-politische Bildungsarbeit dienen kann.“

Aus meiner Sicht hat die Kommission ein fast unmöglich erscheinendes Ergebnis erzielt. Das ist umso höher zu bewerten, wenn man auch weiß, dass verschiedene angefragte hochkarätige Experten eine Mitarbeit in der Kommission abgelehnt hatten, weil sie die gestellte Aufgabe nicht für lösbar hielten. Es ist der Kommission in langen Sitzungen und nach ausführlichen Erörterungen gelungen, im Konsens einen Vorschlag für die Neugestaltung des Denkmalsbereiches zu erarbeiten. Dieses einstimmige Ergebnis wurde in einem ausführlichen Abschlussbericht, der alle Sitzungsprotokolle und weitere Arbeitsunterlagen als Anhang enthält, niedergelegt. Die „Zusammenfassung der Ergebnisse der Kommissionsarbeit“ findet sich im Anhang dieses Beitrages. Hier möchte ich lediglich darauf hinweisen, dass die Kommission sich für einen ungewöhnlichen Weg entschlossen hatte. Einerseits sollten die vorhandenen Denkmale – zwar an anderer Stelle auf dem Grundstück – erhalten, andererseits sollten sie aber auch zukunftsweisend und das heißt vor allem im Hinblick auf nachgeborene Generationen verändert werden.

DAS JAHR 2009

Mit der Abgabe des Abschlussberichtes war die Aufgabe der Denkmalskommission abgeschlossen. Die weitere Behandlung des Denkmalsproblems oblag dem Landkreis. Auch die OWS musste sich intern mit den Ergebnissen der Kommission, die unter Zustimmung ihrer Vertreter zustande gekommen waren, auseinandersetzen – eine nicht ganz leichte Aufgabe für den Vorsitzenden des Vereins, da innerhalb des Vereins sehr unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich einer Umgestaltung des Denkmalbereiches bestanden.

Die Landrätin hatte sich entschlossen, die Ergebnisse der Kommission noch durch ein weiteres von ihr berufenes Gremium, das sogenannte „Bewertungskuratorium“, dem u.a. Historiker aus Polen und Deutschland angehörten, evaluieren zu lassen. Dieses Kuratorium hat einmal im April 2009 getagt. Ich selbst konnte aus terminlichen Gründen an dieser Sitzung nicht teilnehmen, der stellvertretende Vorsitzende unserer Kommission nur am zweiten, nachmittäglichen Sitzungsteil. Kurzfristig wurden dann andere Mitglieder der Kommission noch zu dieser Sitzung gebeten, um die Ergebnisse

der Kommissionsarbeit zu erläutern. Nach den mir vorliegenden Informationen hat auch dieses Gremium praktisch vollständig die Vorschläge der Kommission akzeptiert. Ergänzend zur Kommission wurde vorgeschlagen, noch einen ausführlichen Erläuterungstext auf einer Tafel im Denkmalsbereich zu platzieren, in dem die Entstehungsgeschichte der Denkmale näher erläutert wird. Zwei Mitglieder des Bewertungskuratoriums – ein polnischer und ein deutscher Geschichtsprofessor – haben damals die Aufgabe übernommen, einen Text zu formulieren, der zum Zeitpunkt der Tagung aber immer noch nicht vorlag.

Aus meiner Sicht – und ich kann hier nur noch für mich persönlich sprechen, da die Denkmalskommission nicht mehr besteht – ist das eine akzeptable Ergänzung unserer Vorschläge. Wir hatten das in der Kommission auch angedacht, haben aber aus eher pädagogischen Überlegungen darauf verzichtet, um nicht das ganze Gelände mit Erläuterungen zu versehen, sondern um auch den jugendlichen Besuchern Chancen einzuräumen, sich mit der Geschichte dieser Denkmale auseinanderzusetzen und selbst Vorschläge für ergänzende Informationen auf dem Gelände zu entwickeln. Die Perspektive einer Offenheit der zukünftigen Gestaltung des Denkmalbereiches war gerade für die Pädagogen in der Kommission von besonderer Bedeutung. Insgesamt erscheint diese Modifikation lediglich als eine unwesentliche Ergänzung des Abschlussberichtes der Kommission, der dann auch als Vorschlag in die Gremien des Landkreises eingebracht und dort als Grundlage für die Neugestaltung der Denkmalbereiches angenommen wurde.

An dieser Stelle sei auch noch ein Exkurs angebracht: Im Hintergrund des gesamten Projektes standen immer auch die deutsch-polnischen Beziehungen auf Landkreisebene. Sowohl die polnischen Politiker aus den beiden Landkreisen als auch das polnische Generalkonsulat in München haben die Entwicklung des Projektes und insbesondere den Umgang der deutschen Seite mit den Denkmalen zu Flucht und Vertreibung, die ja für eine spezifisch deutsche Geschichtssicht stehen, kritisch verfolgt. Aus polnischer Sicht ging es wohl vor allem darum, dass das Thema Flucht und Vertreibung nicht ausschließlich auf die deutschen Opfer konzentriert bleibt, ohne dass dabei die von Deutschland zu verantwortenden Ursachen thematisiert werden. Ausgedrückt wurde das beispielsweise von den beiden Vertretern des Landkreises Krakau beim ersten Spatenstich am 22.2.2008: „Die Bürger des Landkreises Krakau legen großen Wert auf die sorgfältige und redliche Darstellung der historischen Wahrheit über die für Europa tragischen Kriege, insbesondere den Ersten und Zweiten Weltkrieg, ihre Ursachen und tragischen Folgen für unsere Völker.“ In diesem Zusammenhang ist auch die große Fachtagung zu den deutsch-polnischen Beziehungen in Geschichte und Gegenwart im Dezember 2009 zu verorten, die gemeinsam vom Landkreis

München, der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem polnischen Generalkonsulat durchgeführt wurde.

Der KJR hat sich während des ganzen Jahres mit der Ausdifferenzierung des pädagogischen Konzeptes, der Begleitung der Baumaßnahmen und der Erarbeitung eines ausführlichen Betreiberkonzeptes intensiv beschäftigt. Nachdem die wissenschaftliche Projektmitarbeiterin Ende 2008 aus persönlichen Gründen ausgeschieden war, habe ich vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen beim Aufbau des Jugendgästehauses Dachau das Projekt – nunmehr als Berater des KJR – solange begleitet, bis Anfang 2010 hauptberufliche Mitarbeiter/innen ihre Arbeit in dem Haus aufnehmen konnten. Während dieser Zeit wurde auch die Frage nach der endgültigen Bezeichnung der neuen Einrichtung ausführlich erörtert. Nach einer Studienfahrt des Projektteams zu vergleichbaren Einrichtungen in Deutschland und Polen und unter Berücksichtigung der in der Jugendarbeit gebräuchlichen Begriffe beschloss der KJR, das neue Haus als „Jugendbegegnungsstätte am Tower“ (JBS) zu benennen.

DAS JAHR 2010

Das Jahr 2010 kann stichwortartig folgendermaßen umrissen werden: Die JBS nimmt allmählich ihren Betrieb auf. Erste Veranstaltungen werden als Probeläufe durchgeführt, bei denen das Haus getestet und auf seine Funktionalität überprüft werden kann. Erwähnenswert ist dabei ein Seminar mit polnischen Geschichts- und Germanistikstudenten aus Krakau im April, an dem zeitweilig auch deutsche Studenten/innen teilnahmen. Baulich sind noch eine Reihe abschließender Arbeiten durchzuführen. Im Denkmalsbereich beginnen die Umgestaltungsarbeiten. Die offizielle Eröffnung des Hauses erfolgte am 17. September 2010.

DAS JAHR 2011

In diesem Jahr ist der Abschuss der Umgestaltungsarbeiten im Denkmalsbereich und damit der Baumaßnahmen insgesamt vorgesehen.

SCHLUSSBEMERKUNG

Abschließend möchte ich noch eine interessante Erfahrung aus dem schon erwähnten Seminar mit polnischen und deutschen Studenten im April 2010 in der JBS berichten. Ich hatte damals einen Workshop zu dem Denkmalsbereich durchgeführt, in dem ausführlich die Überlegungen der Denkmalskommission zur Um- und Neugestaltung dargestellt wurden. Einige polnische Studenten haben darauf mit der Bemerkung reagiert, dass aus ihrer Sicht eine derartige Umgestaltung nicht erforderlich sei und dass man durchaus die historisch gewachsenen Denkmale hätte so sein lassen können, wie sie waren. Das war eine für mich sehr aufschlussreiche Rückmeldung, die andeutet, dass Angehörige der jungen Generation mit dieser Thematik unbefangener umgehen. Bezogen aber auf die konkrete Situation, wie sie in Oberschleißheim bestanden hat, scheint mir allerdings der von der Denkmalskommission eingeschlagene Weg alternativlos zu sein.

Kinder auf dem Gelände der JBS (Bildarchiv JBS Oberschleißheim)

ANHANG
ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE DER KOMMISSIONSARBEIT

Mit dem Erwerb des Geländes der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V. in Oberschleißheim durch den Landkreis München und die Entscheidung hier eine Jugendbegegnungsstätte mit internationaler Ausrichtung zu errichten, geht ein vormals für private und Vereinszwecke genutzter Ort in öffentliche Verantwortung und Nutzung über. Hiermit einher geht die Notwendigkeit einer Umgestaltung des von der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V. auf dem Gelände errichteten Gedenkbereichs. Mit der Neugestaltung ist zugleich die Chance verbunden, diesen Ort für die Zukunft zu öffnen. Die Kommission, die sich mit der Neugestaltung des Denkmalbereichs befasst hat, hat sich für ihre Arbeit zum Ziel gesetzt:

- einen Vorschlag vorzulegen, der vom Landkreis München als Eigentümer des Geländes, vom Kreisjugendring München-Land als Träger der Jugendbegegnungsstätte und der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V. als Errichter und Nutzergruppe des Denkmalbereichs getragen werden kann.
- den Denkmalbereich so zu gestalten, dass er auch jüngeren Generationen einen Zugang eröffnet und als Anstoß für historisch-politische Bildungsarbeit dienen kann.

EINBETTUNG DES DENKMALBEREICHS

Das Gelände des „Jugendhauses der Verständigung am Tower“ ist in den größeren räumlichen und historischen Kontext des Münchner Nordens, der Schlossanlage Schleißheim und des Flugplatzes Schleißheim eingebettet. Die Umgebung eröffnet vielgestaltige Anknüpfungspunkte historischer Spurensuchen.[56]
Auf dem unmittelbaren Gelände des „Jugendhauses der Verständigung“ manifestieren sich in baulicher Form verschiedene Epochen und Themen: Das heutige Vereinsgebäude der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V. wurde im Jahr 1918 als Versandhalle der bayerischen Fliegertruppe errichtet.

[56] Hierzu gehören u.a. Technik- und Luftfahrtgeschichte, sich heute manifestierend im Museum Flugwerft Schleißheim (Deutsches Museum), die Geschichte der Schleißheimer Schlösser oder auch des Außenlagers Schleißheim des KZ Dachau. Vgl. u.a.: Ebert, Hans J.: Geflogene Vergangenheit – Luftfahrt in Schleißheim seit 1912, Oberschleißheim 2001; Kozlowski, Nina u.a.: Bayerische Löwen-Polnische Adler: Auf gemeinsamen historischen Spuren, München 2008; Götz, Ernst: Schlossanlage Schleißheim, München 2005. Vgl. für eine Übersicht über weitere historische Anknüpfungspunkte in Oberschleißheim auch: Bayerische Flugzeughistoriker e.V.: Schleißheim Airfield Guide, Oberschleißheim 2006.

Amerikanische Militärs, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Oberschleißheim stationiert waren, errichteten den Tower im Jahr 1958. Der Denkmalbereich ist das Zeugnis der Nutzung des Geländes durch die Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V. Mit dem „Jugendhaus der Verständigung“ entsteht im 21. Jahrhundert ein neues Kapitel Geländegeschichte, das Veränderungen mit sich bringt: Neben der Neugestaltung des Denkmalbereichs auch den Abriss des Flugleitgebäudes aus dem Jahr 1933/34 und die Sanierung des Towers. Um die gemeinsame Nutzung des Denkmalbereichs durch die Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V. und den Kreisjugendring München-Land zu ermöglichen, spricht die Kommission folgende Empfehlungen zur Neugestaltung des Bereichs aus:

VORSCHLAG DER NEUGESTALTUNG[57]:

- Die Elemente des neu gestalteten Denkmalbereichs – Pionierlandungsboot, Glockenturm und Heimaterdeelemente sowie ein von Postamenten des Ehrenmals umfasster Raum – bilden drei ineinander greifende Flächen.
- Der Gesamtbereich wird in den das Gelände zur Straße hin begrenzenden lichten Baumhain integriert. Den Hain durchzieht ein schmales Wegenetz. Man kann barrierefrei zum Denkmalbereich gelangen.
- Das Pionierlandungsboot wird für künftige Besucher des Geländes begehbar sein.
- Es entsteht ein neuer Glockenturm aus Holz, in dessen Boden in modifizierter Form das Holzkreuz des ehemaligen Ehrenmals integriert ist. Die beiden Glocken werden schwingend im Glockenturm befestigt und sind nutzbar.
- In die Bodenfläche vor das Pionierlandungsboot und um den Glockenturm werden zirka 77 Elemente mit Heimaterde integriert. Die Heimaterdeelemente sind zweisprachig beschriftet (deutscher Ortsname / heute gebräuchlicher Ortsname). Das Konzept der zweisprachig beschrifteten Heimaterde kann künftig erweitert werden, beispielsweise durch Leerelemente.
- Um einen sich funktional in das Gesamtensemble einfügenden Gedenk-, Versammlungs- und Kommunikationsraum zu schaffen, wird das Oktogon aufgefüllt. Die Zahl der Postamente wird auf vier reduziert.

[57] Vgl. für die graphische Darstellung Anlage 1. Der konkrete Vorschlag der Neugestaltung wird ebenso in Form eines Modells durch das Gestaltungsbüro HundB, Herrn Tido Brussig, vorgelegt.

- Die Postamente werden zu Sitzgelegenheiten erweitert und greifen die oktogonale Form auf.
- Eine Bronzetafel mit folgender Aufschrift wird in den Bereich integriert: *„Zum Gedenken der Toten aller Kriege und der Opfer von Flucht und Vertreibung in aller Welt. Zum Gedenken auch jener, die Leid und Not der Vertreibung durchstanden, sich nicht entmutigen ließen und sich aktiv für den Wiederaufbau sowie für die Wahrung und Einbringung des geistigen und kulturellen Erbes ihrer Heimat einsetzten und die heute nicht mehr unter uns sind. Zugleich als Mahnung und Verpflichtung zum Frieden, zur Versöhnung und Verständigung unter den Menschen wie unter den Völkern.“*

Der Text erhält eine Übersetzung in englischer Sprache, trägt die Unterschrift der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V. und verweist auf die Errichter der Stätte.

AUSSAGEN UND ANKNÜPFUNGSPUNKTE DES DENKMALBEREICHS

Der Denkmalbereich in seiner Gesamtheit manifestiert die Mahnung zu Frieden, Verständigung und Dialog zwischen den Menschen und Nationen. Die Objekte für sich haben jeweils eine konkrete Geschichte[58] und verkörpern ebenso universale Themen. Der Grundriss des Oktogons öffnet sich zu einem Raum, in dem Versammlung und Gedenken möglich werden. Das Pionierlandungsboot transportiert die Themen Krieg, Flucht, Fluchthilfe und Leiden der Zivilbevölkerung und mahnt zu Gewaltverzicht. Die Heimaterde erinnert an Heimat, Heimatverlust, neue Heimat, Bevölkerungsverschiebung und Migrationsbewegungen. An die Glocken im Denkmalbereich knüpfen die Themen Glaube, Religion und kulturelles Erbe an.

Durch seine Mehrschichtigkeit bietet der Denkmalbereich Anknüpfungspunkte für eine künftige Bildungsarbeit im Jugendhaus der Verständigung, die über die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts hinaus reicht und auch an der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ansetzt.

[58] Nach der endgültigen Entscheidung über die Gestaltung des Denkmalbereichs durch die Politik wird der Kreisjugendring München die detaillierte und fundierte Aufarbeitung der Geschichte der einzelnen Objekte forcieren. Zudem werden Materialien mit Hintergrundinformationen für den Denkmalbereich erstellt, die leicht zugänglich sind.

DIE JUGENDBEGEGNUNGSSTÄTTE AM TOWER

Foto: Constantin Meyer, Köln

Die Jugendbegegnungsstätte (JBS) am Tower in Oberschleißheim ist eine Einrichtung des Kreisjugendring München-Land. Eigentümer ist der Landkreis München, der dem Kreisjugendring Haus und Gelände seit September 2010 mit einer feierlichen Eröffnung für die Bildungsarbeit zur Verfügung stellt.
Auf der Basis eines umfassenden Betreiberkonzeptes widmet sich die Jugendbegegnungsstätte vorwiegend der politischen, kulturellen und interkulturellen Bildung. In der JBS am Tower gestalten junge Menschen mit pädagogischer Unterstützung aktiv ihren Aufenthalt. Partizipation, Selbstorganisation und Verantwortungsübernahme charakterisieren das Haus als Begegnungsstätte für junge Menschen unterschiedlicher Herkunft und Prägung aus dem Landkreis München, Deutschland, Europa und der ganzen Welt.

„Treppe der Begegnung“ (Bildarchiv JBS Oberschleißheim)

Das Architektenteam Atelier 30 realisierte das einzigartige Raumkonzept des Neubaus. Der Gedanke des Miteinanders wird in der architektonischen Struktur aufgegriffen: Ein zentrales Element im Hauptgebäude ist die "Treppe der Begegnung", die Wohn- und Seminarräume miteinander verbindet und gleichzeitig zum Verweilen einlädt oder als Zuschauerraum bei Veranstaltungen und Aufführungen genutzt werden kann. Eine vorbildliche Selbstversorgerküche gewährleistet die gemeinschaftliche Verpflegung auch größerer Seminar- oder Austauschgruppen. Das Werkstattgebäude bietet größeren Gruppen ausreichend Platz für kreative Projekte. Auch die Gestaltung des Außengeländes mit Sport- und Zeltplatz folgt dem Gedanken, das Miteinander in allen alltäglichen Belangen zu fördern.

Der namensgebende, begehbare und restaurierte Tower ermöglicht den weiten Blick über das historische Flugfeld. Teil des JBS- Geländes ist der Mahnmalbereich der Ost- und Westpreußen- Stiftung. Er gibt Anlass für neugierige und kritische Fragen der JBS- Besucher. Der pädagogische Umgang mit dem Mahnmalbereich ist expliziter Teil der politischen Bildung in der Jugendbegegnungsstätte.
Der Kreisjugendring München - Land als Betreiber der Einrichtung sieht sich dabei in der Verantwortung, pädagogisch differenziert und historisch korrekt mit den Themenkomplexen, die Landungsboot, Glockenturm und Heimaterde aufwerfen, umzugehen.

PROGRAMM DES 3. FACHGESPRÄCHS

Dienstag, 11. Januar 2011

13:00 Uhr
Begrüßung, Vorstellung der Jugendbegegnungsstätte, Einführung in die Tagung

14:00 Uhr
Dr. Stephan Scholz: "Flucht und Vertreibung" – Ereignis, historische Kontextualisierung, Erinnerung

Dr. Stephan Scholz: Erinnerung im Denkmal – Entwicklung von Vertriebenendenkmälern in der Bundesrepublik

15.45 Uhr Kaffeepause

16.15 Uhr
Tim Völkering: Zur Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration – historischer Überblick und geschichtsdidaktische Überlegungen

17:15 Uhr
Besuch der Flugwerft des Deutschen Museums und Rundgang durch die Sammlung der Ost-West-Preußen-Stiftung

18:00 Uhr Abendessen

19:00 Uhr
Dr. Bernhard Schoßig: Die Entwicklungen am Denkmalsareal in Oberschleißheim

Mittwoch, 12. Januar 2011

9.00 Uhr
Kreative Möglichkeiten des Umgangs mit dem Thema Mahnmal. Arbeiten in der Werkstatt der Jugendbegegnungsstätte

11.00 Uhr
Konsequenzen für die Jugendbildungsarbeit: Diskussion und Zusammenfassung

12.30 Uhr Mittagessen und Ende

AUTOREN

Manfred Huber
Pädagoge, Dozent für Politische Bildung und Sozialkompetenz am Institut für Jugendarbeit in Gauting, Mitglied im Arbeitskreis Gedenkstättenarbeit des BJR

Dr. Stephan Scholz
Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Institut für Geschichte der Carl v. Ossietzky-Universität Oldenburg,
bearbeitet derzeit ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft
gefördertes Forschungsprojekt zur Geschichte von Vertriebenendenkmälern
in der Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Bernhard Schoßig
ehemaliger pädagogischer Leiter des Jugendgästehauses Dachau
(heute: Max-Mannheimer-Studienzentrum), Projektleiter der Dachauer
Symposien zur Zeitgeschichte und Lehrbeauftragter am Historischen Seminar
der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Tim Völkering
studierte von 2001 bis 2007 Geschichte und Sport in Münster und arbeitete anschließend an einer Dissertation über die Vergegenwärtigung der Themen „Flucht, Vertreibung und Integration“ in historischen Ausstellungen. Seit Mai 2012 ist er Studienreferendar am Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung in Krefeld.

Institut für Jugendarbeit Gauting

Germeringer Straße 30
82131 Gauting
Telefon 089-893233-0
Fax 089-893233-33

info@institutgauting.de
www.institutgauting.de

Das Institut ist eine Einrichtung des Bayerischen Jugendrings, KdöR

Bayerischer Jugendring

9 783925 628696